Haus zur Wildnis / Ludwigsthal
im Nationalpark Bayerischer Wald
7. – 9. Mai 2010

60 JAHRE DEUTSCHER NATURSCHUTZRING

Symposium und Festveranstaltung

Vom Naturschutz zur Nachhaltigkeit

60 Jahre Deutscher Naturschutzring (DNR)

Dokumentation

Herausgeber Deutscher Naturschutzring
Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR)
Marienstr. 19/20
10117 Berlin
Tel.: +49 (0)30/6781775-98, Fax -80
info@dnr.de

gefördert durch

DBU

Deutsche Bundesstiftung Umwelt

www.dbu.de

ORGANISATORISCHES

VERANSTALTER
Deutscher Naturschutzring (DNR)
gefördert von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU).

ANMELDUNG
Anmeldungen nur schriftlich (mit beiliegendem Anmeldeformular) und bis spätestens 30.04.2010 an:

Deutscher Naturschutzring
Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V.
Koblenzer Strasse 65 / 53175 Bonn
Tel.: 0228 - 359005
Fax: 0228 - 359096
email: Deutscher.Naturschutzring@dnr.de

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, deshalb bitte möglichst bald anmelden! Ihre Anmeldung wird von uns schriftlich bestätigt.

TAGUNGSORT
Haus zur Wildnis
94227 Ludwigsthal
Tel.: 09922 - 5002-0
Fax: 09922 - 5002-167
email: hzw@npv-bw.bayern.de
www.nationalpark-bayerischer-wald.de

SONSTIGES
Bitte wetterfeste Kleidung und festes Schuhwerk für die Exkursionen zum Nationalpark Bayerischer Wald mitnehmen.

Über eine Geburtstagsspende würden wir uns sehr freuen.

„60 Jahre DNR"
Deutscher Naturschutzring (DNR)
Sparkasse Köln-Bonn
Konto 26005462
BLZ 370 501 98

ÜBERNACHTUNG

Die Unterbringung erfolgt in Gasthäusern. Bei der Suche nach einer Unterkunft unterstützen Sie auch die regionalen Tourismusbüros tatkräftig:

Info-Zentrum 3
94227 Zwiesel
Tel.: +49 (0)9922 - 802480
Fax: +49 (0)9922 - 802481
email: naturpark-bayer-wald@t-online.de
Internet: www.naturpark-bayer-wald.de

Tourismus-Büro in Zwiesel
Zwiesel-Tourismus
Stadtplatz 27 / 94227 Zwiesel
Tel.: +49 (0)9922 - 840523
Fax: +49 (0)9922 - 840527
email: touristinfo@zwiesel.de
Internet: www.zwiesel-tourismus.de

ANREISE

Mit Bahn und Bus
Ab dem ICE-Bahnhof Plattling fährt die Waldbahn im Stundentakt über Zwiesel nach Bayerisch Eisenstein. In Zwiesel treffen sich an der sogenannten „Zwieseler Spinne" die anderen Waldbahn-Linien aus Bodenmais und Grafenau. Von Zwiesel aus geht es im Stundentakt Richtung Bayerisch Eisenstein zum Haltepunkt „Ludwigsthal". Direkt neben dem Haltepunkt „Ludwigsthal" beginnt der Rundweg durch das Tier-Freigelände, das zum Haus zur Wildnis führt. Näheres unter: www.Bayerwald-Ticket.com

Anreise mit dem Pkw

Über Nürnberg
A3 Regensburg, bis Autobahnkreuz Deggendorf, über Rusel nach Regen, B11 nach Zwiesel.

Über München
A92 über Landshut, Deggendorf, Rusel nach Regen, B11 nach Zwiesel.

Titelbild: Günter Mayer

INHALT

SYMPOSIUM „Vom Naturschutz zur Nachhaltigkeit“

60 Jahre nach der Gründung des Deutschen Naturschutzringes, Dachverband der deutsche Natur- und Umweltschutzverbände und 40 Jahre nach dem 1. Europäischen Naturschutzjahr 1970 befasst sich der DNR mit der Wirkungsgeschichte seiner Aktivitäten und zieht Bilanz. Ziel ist eine Naturschutzphilosophie auszuloten, die den Anforderungen der Nachhaltigkeit entspricht und zu einem neuen Kultur-Entwurf hinführt.

Dazu hat die DNR-Mitgliederversammlung 2009 eine Leitbilddebatte auf den Weg gebracht, welche die drei Schwerpunkte
→ Naturverständnis
→ Nachhaltigkeit
→ Wachstum
klären soll.

PROGRAMM

FREITAG, 7. Mai 2010

bis 14.00	**Anreise**
14.00	**Begrüßung und Moderation** Leif Miller, DNR-Vizepräsident
	Was ist unser Verständnis von Natur-Mitwelt oder Umwelt Einführung und Leitung: Prof. Dr. Hartmut Vogtmann, DNR-Vizepräsident
14.30	**Diskussion**
15.00	**Verbürgte Nachhaltigkeit statt Beliebigkeit** Einführung und Leitung: Hubert Weinzierl, DNR-Präsident
	Impulsreferat: Dr. Günther Bachmann Generalsekretär des Rates für Nachhaltige Entwicklung
15.30	**Diskussion**
16.00	**Pause**
16.30	**Demokratie in der Wachstumsfalle** Einführung und Leitung: Michael Müller, DNR-Präsidium
17.00	**Diskussion**
17.30 – 18.00	**Zusammenfassung** Dr. Helmut Röscheisen, Generalsekretär des DNR
19.00	**Abendessen**
20.30 – 21.30	**Kulturprogramm** **„Unser halbwilder Wald“** Herbert Pöhnl, Schriftsteller und Kabarettist

Weitere Programmangebote

Wanderung zum Baumwipfelpfad beim Hans-Eisenmann-Haus und Besuch des Heinz Theuerjahr Skulpturenparks in Waldhäuser

SAMSTAG, 8.Mai 2010

	FESTVERANSTALTUNG **„60 Jahre Deutscher Naturschutzring – Vom Naturschutz zur Nachhaltigkeit“** Moderation: Leif Miller, DNR-Vizepräsident
10.00	**Begrüßung und Eröffnung** Hubert Weinzierl, Präsident des DNR
	Videoeinspielung Grußwort des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Dr. Norbert Röttgen
	Grußwort des Bayerischen Staatsministers für Umwelt und Gesundheit, MdL, Dr. Markus Söder
	Grußwort des Präsidenten des Umweltbundesamt (UBA) Jochen Flasbarth
12.30	**Empfang**
15.00	**Exkursion zum Wildnis Camp** Leitung: Dr. Fritz Brickwedde, Generalsekretär der DBU
18.00	**Geselliges Beisammensein im Wildnis-Camp** Vorstellung „Ökologischer Fußabdruck“ durch die GTZ im Wildniscamp

SONNTAG, 9. Mai 2010

9.00	**„40 Jahre Nationalpark Bayerischer Wald** **Eine Erfolgsgeschichte mit Licht und Schatten“** **Exkursion in den bilateralen Nationalpark SUMAVA und Bayerischen Wald als Beitrag zum Jahr der Biodiversität** Leitung: Karl-Friedrich Sinner, Leiter des Nationalparkes Bayerischer Wald und Helmut Steininger, Bund Naturschutz in Bayern
12.30	**Mittagspause** (Buffet oder Lunchpaket)
16.00	**Ende der Exkursion**
17.00	**Ausklang**

Zielsetzung und Anlass des Vorhabens

In der heutigen gesellschaftspolitischen Situation ist mehr als jemals zuvor ein starker Dachverband notwendig, der "seine Mitglieder zur einheitlichen Förderung ihrer Belange auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene gegenüber allen in Betracht kommenden Stellen vertritt", wie es in § 2, Abs. 3 der DNR Satzung steht. Zurzeit hat der DNR 96 Mitgliedsverbände und vertritt diese in über 30 nationalen und internationalen Gremien und Institutionen.
Im Rahmen der aktuellen Leitbilddebatte des DNR, die das programmatische Selbstverständnis der Umwelt- und Naturschutzbewegung neu klären und die öffentliche Debatte voranbringen soll, hat die Mitgliederversammlung in Berlin der Einrichtung von drei Gesprächskreisen zugestimmt. Sie sollen in einem rund einjährigen Diskussionsprozess drei wichtige Fragen klären:

- Was ist unser *Verständnis von Natur* - Mitwelt statt Umwelt.
- Was bedeutet *Nachhaltigkeit* - Klarheit statt Beliebigkeit.
- Wie halten wir es mit dem *Wachstum* - Entwicklung statt Sackgasse.

Alle drei Fragestellungen zielen auf die Begegnung mit der kulturellen Herausforderung eines Paradigmenwechsels ab und können helfen, Umrisse eines neuen Gesellschaftsmodells aufzuzeigen.

II. Ausgangssituation

60 Jahre Deutscher Naturschutzring bedeuten 60 Jahre deutsche Naturschutzgeschichte und -politik. Die Initiative zu seiner Gründung ist bezeichnenderweise von der staatlichen Naturschutzverwaltung, der damaligen "Reichsstelle für Naturschutz" (die sich über Zwischenstufen zum heutigen "Bundesamt für Naturschutz" entwickelt hat) ausgegangen. Ihr Leiter, Dr. H. Klose, schlug 1950 vor, zur Unterstützung des amtlichen Naturschutzes, eine Dachorganisation der zahlreichen privaten Naturschutzvereine aufzubauen, den Deutschen Naturschutzring.

Es waren die Jahre des raschen Wiederaufbaus der zerbombten Städte, des rasanten Wachstums der Industrie ohne Rücksicht auf Schadstoffemissionen in Luft und Gewässer, der Fortsetzung der landwirtschaftlichen "Erzeugungsschlacht" des Dritten Reiches mit der Entwässerung und Zerstörung fast aller Moore, Feuchtgebiete und Auwälder, der Begradigung und Ausbetonierung, mithin ökologischen Vernichtung, von rund 90 Prozent unserer kleineren Fließgewässer.

In den Bundesländern sollten - fast durchwegs ehrenamtliche - "Naturschutzbeauftragte" mit minimaler Sach- und Personalausstattung den

Naturschutz gegenüber gut organisierten Ämtern der Wasser- und Landwirtschaft, der Flurbereinigung, des Straßenbaus und der Gemeindeverwaltung vertreten.

In dieser wahrlich fast hoffnungslosen Lage haben weitblickende VertreterInnen deutscher Naturschutzorganisationen den Zusammenschluss zu einem Dachverband als die prädestinierten, aber damals noch einzigen Bundesgenossen für die staatliche Naturschutzverwaltung erkannt. So kam es im Mai 1950 zur Gründung des Deutschen Naturschutzringes (DNR).

Wichtige Meilensteine in der Geschichte des DNR bilden

- das Jahr 1970, das erste Europäische Naturschutzjahr, ausgerufen vom Europarat. Nebenbei: Während der Eröffnungstagung in Straßburg wurde der Begriff "Umweltschutz" geboren, da die englischsprechenden Reporter von "protection of environment" und nicht von "protection of nature" sprachen. Damals begann die wissenschaftlich unhaltbare und sachlich oft schädliche Trennung in "Natur- und Umweltschutz";
- die UN-Konferenz in Rio 1992. Zum ersten Mal wurden Umwelt und Entwicklungsthemen gemeinsam erörtert. Als Konsequenz hat der DNR zusammen mit den entwicklungspolitischen Organisationen das Forum Umwelt und Entwicklung gegründet und eine Projektstelle eingerichtet.

Die Umweltverbände waren schon immer das "Grüne Gewissen der Nation". Mit der zunehmenden Komplexität der Probleme, aber auch der Gründung zahlreicher einschlägiger Fachbehörden und deren Besetzung mit fachlich kompetenten Mitarbeitern (eine langjährige Forderung der Umweltschutzorganisationen) musste sich das Rollenverständnis der Umweltschutzorganisationen wandeln. Mit dem Protest gegen ökologisch falsche Planungen und Entwicklungen allein ist es nicht mehr getan. Spätestens seit den 80er Jahren sind Lösungsvorschläge gefragt, die häufig auch bis zu Detailfragen gehen müssen. Hingabe und Begeisterung allein genügen nicht mehr, wo Fachwissen erforderlich ist.
Auf fast allen Teilgebieten des technisch-hygienischen Umweltschutzes sind auf nationaler Ebene große Erfolge erzielt worden.

Schon seit Jahren haben sich die Aufgaben des Natur- und Umweltschutzes gewaltig vergrößert, auf regionaler und globaler Ebene: Mit der Erweiterung der EU nach Ost- und Südosteuropa wird sich die Landwirtschaft der Beitrittsländer beträchtlich ändern mit meist ungünstigen Folgen für heute noch naturnahe Landschaften und deren Pflanzen- und Tierwelt.

Die weitgehende Zerstörung der Ozonschicht, die globale Klimaänderung, die Zerstörung der Wälder, der rasante Artentod - die allgemeine Globalisierung von Wirtschaft, Verkehr und Kommunikation erfordern dringend eine globale

Umweltpolitik, die von einer nachhaltigen Entwicklung nicht nur redet, sondern sie so schnell wie irgend möglich verwirklicht.
Der Leitspruch "Lokal handeln - gemäß der Agenda 21 - global denken" musste ergänzt werden: Globales Handeln ist gefordert. In Brüssel, in New York, bei der Weltbank, der FAO usw. können aber nicht Hunderte von NROs vorstellig werden. In dieser Lage ist ein starker Dachverband wie der DNR wichtig.

Darstellung der Arbeitsschritte und angewandten Methoden

Die Gesprächskreise „ Was ist unser Verständnis von Natur-Mitwelt statt Umwelt“, „Wie halten wir es mit dem Wachstum-Entwicklung statt Sackgasse“ und Was bedeutet Nachhaltigkeit-Klarheit statt Beliebigkeit“ sind für alle Mitgliedsorganisationen offen. Externe Experten können und sollen einbezogen werden.

Über die Aufgabenstellung und den Stand der Debatte werden regelmäßig in geeigneter Weise die Mitgliedsverbände und die Öffentlichkeit informiert, auch um frühzeitig Anregungen und Kritik zu erhalten.
Die ersten Erkenntnisse zu den Problemfeldern der drei Gesprächskreise sollen in einem **Symposium am 7. Mai 2010 im Nationalpark Bayerischer Wald, im Haus zur Wildnis** zusammengeführt und mit den VertreterInnen der Mitgliedsorganisationen diskutiert werden. Erste Zwischenergebnisse werden auf der **Festveranstaltung am 8.Mai 2010** vorgestellt.
Die angebotenen Exkursionen sollen die Thematik veranschaulichen, nahebringen und zur Überzeugung beitragen.
Die Tagung wird in einem Bericht dokumentiert.
Bis Ende des Jahres soll ein **Reader** über die Problematik erarbeitet werden, der dann auf der Jahreshauptversammlung 2010 der Vorbereitung eines Beschlussvorschlags und der Öffentlichkeitsarbeit dienen soll.

Ergebnisse und Diskussion

60 Jahre nach der Gründung des Deutschen Naturschutzringes und 40 Jahre nach dem 1. Europäischen Naturschutzjahr 1970 hat sich der DNR mit der Wirkungsgeschichte seiner Aktivitäten befasst und Bilanz gezogen.
Anlässlich des Jubiläums hatte er VertreterInnen aus den Mitgliedsverbänden, befreundeten Verbänden und Institutionen, so wie aus Politik und Wissenschaft vom 7.-9.Mai 2010 zu einem Symposium und einer Festveranstaltung in das Haus zur Wildnis in Ludwigsthal, Bayerischer Wald eingeladen. 110 Interessierte sind der Einladung gefolgt.

Die DNR-Mitgliederversammlung 2009 hatte eine Leitbilddebatte auf den Weg gebracht, welche drei Schwerpunkte behandelt:

- Was ist unser Verständnis von Natur - Mitwelt oder Umwelt

- Verbürgte Nachhaltigkeit statt Beliebigkeit
- Wie halten wir es mit dem Wachstum? -Entwicklung statt Sackgasse

Ziel dieser Debatte war und wird es auch zukünftig sein, eine Naturschutzphilosophie auszuloten, die den Anforderungen der Nachhaltigkeit entspricht und zu einem neuen Kultur-Entwurf hinführen soll.
Auf dem Symposium am 7.Mai 2010 standen genau diese Fragen im Fokus. Prof. Dr. Hartmut Vogtmann stellte das Konzept für das Verständnis von Natur - Mitwelt oder Umwelt vor. Dr. Günther Bachmann referierte zum Thema Verbürgte statt beliebige Nachhaltigkeit und Michael Müller zum Thema Nachhaltigkeit statt Wachstum. Die dort eingebrachten Aspekte seitens der TeilnehmerInnen waren ein wichtiger Baustein für den gesamten Diskussionsprozess. Die Ergebnisse sind in der Anlage festgehalten.
Nach getaner Arbeit wurde den TeilnehmerInnen eine lebendige Vorstellung des Künstlers Herbert Pöhnl zum Thema „ Unser halbwilder Wald“ - Nationalpark Bayerischer Wald mit Texten, Musik, Bildern und Filmausschnitten geboten. Der Applaus und die Reaktionen der Gäste zeugten von einer gelungenen Darbietung.
Auf der Festveranstaltung huldigten BMU Dr. Norbert Röttgen per Videobotschaft, der Bayerische Staatsminister für Umwelt und Gesundheit Markus Söder und UBA-Präsident Jochen Flasbarth die Arbeit des DNR als Dachverband. DNR-Präsident Hubert Weinzierl ließ die Entwicklung des DNR als Dachverband und seine Arbeitsschwerpunkte, die verbandspolitische wie auch politische Erfolgsgeschichte Revue passieren. (siehe Anlagen)
Neben den höchst interessanten Reden gab es natürlich auch Natur(schutz)zum Erleben: mitten in einem Nationalpark war es für alle TeilnehmerInnen ein besonderes Ereignis, das Wild Camp zu besuchen, die Arbeit der Ranger kennenzulernen und eine interessante Exkursion zu genießen.

In der frühen Morgenstunde des 8. Mai 2010 brachen einige TeilnehmerInnen zu einer kleinen Wanderung in die nähere Umgebung zur Beobachtung von heimischen Vogelarten auf. Die geplante Zählaktion von Vögeln aus Garten und Wald konnte jedoch nicht umgesetzt werden.
Am Nachmittag nach der Festveranstaltung führte die Exkursion zum Wildnis Camp Ludwigsthal mit einem Besuch des Luchsareals im Tierfreigehege. Daran schloss sich eine eindrucksvolle Vorstellung des Ökologischen Fußabdruckes der GTZ bei einem abendlichen Imbiss und geselligem Beisammensein, organisiert von den Junior Rangers, an.
Am folgenden Tag ging es auf große Exkursion, „ 40 Jahre Nationalpark Bayerischer Wald-eine Erfolgsgeschichte mit Licht und Schatten“, in den bilateralen Nationalpark Bayerischer Wald und SUMAVA als Beitrag zum Jahr der Biodiversität unter der Leitung von Karl-Friedrich Sinner, Leiter des Nationalparks Bayerischer Wald, und Helmut Steininger, Bund Naturschutz Bayern.

Öffentlichkeitsarbeit und Präsentation

Das Symposium wurde zuvor über die Fachverteiler der Verbände, Stiftungen und amtlichen Naturschutzstellen beworben. Eine Tagungsdokumentation wurde erstellt. Der Förderhinweis wurde bei allen Veröffentlichungen vorgenommen.
Zu der Veranstaltung wurden gezielt Journalisten und VertreterInnen der Verbändemedien eingeladen.
Zudem fand am Tagungsort eine Pressekonferenz zum Thema "Nationalparke sollen die Krönung sein-DNR feiert 60-jähriges Jubiläum im Nationalpark Bayerischer Wald" statt.
Aus diesem Prozess sind Positionspapiere zu den Themenschwerpunkten und ein Reader zum Thema "Die Grenzen des Wachstums - Die große Transformation" entstanden. Des Weiteren soll in 2012 mit einem großen Kongress zusammen mit den Kirchen und Gewerkschaften (in Planung) an diesen Themen weiter gearbeitet werden.

Fazit

Die in diesem Projekt angegangenen Themen und Fragen sind nicht auf einen Projektverlauf zu reduzieren, sondern sind eine wirkliche Zukunftsaufgabe für den DNR und seine Mitgliedsorganisationen, für die Gesellschaft, und vor allem für nachfolgende Generationen.
Die umfassende Debatte der Gesellschaft über die Grenzen des Wachstums muss weitergeführt und die Idee der Nachhaltigkeit aus der Beliebigkeit herausgeholt werden. Nachhaltigkeit soll Orientierung geben und gewährleisten.
Entscheidungssysteme politischer und wirtschaftlicher Institutionen sind sowohl auf ökologischer als auch auf ökonomischer und sozialer Ebene neu zu ordnen und Spielregeln neu zu finden.
Der DNR will einen Beitrag zum Selbstverständnis und zu den Perspektiven der ökologischen Bewegung leisten und zeigen, dass die Natur- und Umweltschutzverbände ein wichtiger Reformmotor für eine nachhaltige Gesellschaft sind.

Symposium „Vom Naturschutz zur Nachhaltigkeit“

Begrüßung und Moderation

Dr. Helmut Röscheisen, DNR-Generalsekretär

Was ist unser Verständnis von Natur - Mitwelt oder Umwelt

Einführung und Leitung:
Prof. Dr. Hartmut Vogtmann, DNR.-Präsident

DNR-Thesen zum Naturverständnis im 21. Jahrhundert

A. NATUR – NATURVERSTÄNDNIS – NATURSCHUTZ

B. DEFIZITE UND FEHLENTWICKLUNGEN IM NATURVERSTÄNDNIS

C. LANDSCHAFT ALS ZENTRALES SCHUTZGUT

D. NATURSCHUTZES IM 21. JAHRHUNDERT

A. NATUR – NATURVERSTÄNDNIS - NATURSCHUTZ

1. Der Naturschutz steht im 21. Jahrhundert vor grundlegend neuen Herausforderungen, um Natur als physische Lebensgrundlage des Menschen (ökosystemische Dienstleistungen) sowie Natur als Landschaft für ein sinnerfülltes Leben zu erhalten.

Der Naturschutz hat im 20. Jahrhundert viel erreicht. Er ist nicht nur zu einer großen sozialen Bewegung geworden, sondern ihm ist es gelungen, eine rechtliche Basis zu schaffen, um ein umfassendes System an Schutzgebieten zu etablieren. Eingriffe in die Natur können umweltverträglicher gestaltet werden und die Gestaltung der Landschaft langfristig geplant werden. Symptomatisch hierfür ist die Tatsache, dass es heute in Deutschland 7923 Naturschutzgebiete, 7383 Landschaftsschutzgebiete, 4617 FFH-Gebiete, 721 Naturwaldreservate und 94 Naturparke gibt. Darüber hinaus werden in 13 Biosphärenreservaten zukunftsweisende, naturverträgliche Wirtschaftsformen entwickelt und als Krönung dieser Leistungsschau werden häufig die 15 Nationalparke genannt, in denen die „Natur Natur sein darf“ und die jährlich Millionen von Besuchern faszinieren.

Heute steht der Naturschutz vor neuen Herausforderungen. Angesichts neuartiger Umweltkrisen (z.B. Klimawandel), veränderter ökonomischer Rahmenbedingungen

(z.B. Agrarwende), neuer Erkenntnisse (z.B. Dynamik der Natur) und bestehender Umsetzungsprobleme (z.B. Akzeptanzdefizite des Artenschutzes) gilt es kritisch zu hinterfragen, welche Art von Natur wir schützen und gestalten wollen – und wie der Naturschutz seine zentralen Ziele begründet.

2. Der Naturschutz kann sein Naturverständnis und seine Ziele nur unter Berücksichtigung der vielfältigen, kulturgeschichtlich entstandenen Naturbedeutungen zeitgemäß weiterentwickeln.

Eine Definition von Natur sucht man in naturwissenschaftlichen Grundsatzwerken vergeblich, denn Natur ist kein primär wissenschaftlicher, sondern ein philosophischer Begriff. Das Verständnis von Natur hat sich im Laufe der Menschheitsgeschichte – in Abhängigkeit von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen – immer wieder gewandelt: Ursprünglich dominierte in der Menschheitsgeschichte ein magischer Naturzugang (Natur als Zauber), der in der Antike von einem mythischen Naturzugang (Natur als das Göttliche) abgelöst wurde. Im christlichen Mittelalter trat ein symbolischer Naturzugang in den Vordergrund, in dem Natur Spiegel der Weisheit und Allmacht Gottes ('Ökonomie der Natur'), aber auch Sinnbild des menschlichen Sündenfalls war ('gefallene Natur').

Seit der Neuzeit rückte sukzessive ein rationales, mechanistisch-naturwissenschaftliches und ökonomisches Naturverständnis in den Vordergrund (Natur als gesetzmäßiges System und als Ressource), in dem der Mensch außerhalb der Natur steht. In Reaktion auf die Einseitigkeit und als Kritik am Dualismus dieses Naturverständnisses wurden unterschiedliche Konzeptionen einer Verbundenheit von Mensch und Natur entwickelt, die von Konzeptionen rein subjektiv-ästhetischer Einheitsgefühle bis zu Theorien einer objektiven, zugleich ästhetischen, symbolischen und funktionalen Einheit reichen.

Unser heutiges Naturverständnis ist vor dem Hintergrund dieser kulturell geprägten Naturauffassungen zu sehen. Die Vielfalt an Schutzbegriffen, die in den letzten 150 Jahren entstanden sind, veranschaulicht, wie vielschichtig unsere heutige Naturvorstellung aufgrund dieses kulturgeschichtlichen Hintergrundes ist. Ausdruck hierfür sind Begriffe wie Naturdenkmalschutz, Heimatschutz, Landschaftsschutz, Artenschutz, Biotopschutz, Ökosystemschutz, Ressourcenschutz, Umweltschutz, Mitweltschutz, Wildnisschutz und Biodiversitätsschutz.

3. Für den Naturschutz sind sehr unterschiedliche Verständnisweisen von Natur (ökonomische, ökologische, soziale, ästhetische und ethische Naturzugänge) relevant.

Beim ökonomischen Naturzugang steht Natur als physische Lebensgrundlage im Zentrum. Der Naturschutz steht im 21. Jahrhundert vor der Herausforderung, den bisher dominierenden Raubbau an Natur durch Formen einer nachhaltigen Naturnutzung, bei der das Naturkapital erhalten bleibt, zu ersetzen.

Beim ökologischen Naturzugang steht die Natur in Form von Ökosystemen im Zentrum der Betrachtung. Der Naturschutz soll neue ökologische Erkenntnisse integrieren (z.B. Dynamik der Natur), sich von veralteten Vorstellungen verabschieden (z.B. ökologisches Gleichgewicht) und ein menschliches Wirtschaften und Handeln innerhalb der Tragekapazität der Ökosysteme fordern.

Beim sozialen Naturzugang steht die Natur als Erlebnisraum des Menschen im Zentrum. Der Naturschutz steht im 21. Jahrhundert nicht nur vor der Herausforderung, die gewachsenen Kulturlandschaften zu bewahren, sondern neue, erlebnisreiche Landschaften zu gestalten.

Beim ästhetisch-symbolischen Naturzugang stehen die Schönheit, die Erhabenheit und – immer stärker auch – die Wildheit der Natur im Zentrum. Der Naturschutz hat im 21. Jahrhundert die Aufgabe, besonders geschätzte Kulturlandschaften sowie die letzten Reste von Wildnis zu bewahren, weil diese Natur- und Landschaftsformen wesentlich sind für ein sinnerfülltes Leben [der Menschen] sowie für die Möglichkeit, vorübergehend aus gesellschaftlichen Zwängen 'herauszutreten'.

Beim ethischen Naturzugang geht es nicht nur um die Frage, welche Naturwesen bzw. Naturerscheinungen „um ihrer selbst willen" geschützt werden sollten, sondern auch um das ethische Fundament ökonomischer, ökologischer, sozialer und ästhetisch-symbolischer Naturbedeutungen.

4. Die Vision vom Naturschutz ist eine moderne Idee. Sie entstand als Kritik daran, dass eine Übernutzung bzw. ein Raubbau an Natur sowohl die physische als auch die emotionale Lebensgrundlage zerstören kann.

Die Idee des Naturschutzes wurde erst in der Moderne geboren. Es gab sie in früheren Gesellschaftsformen noch nicht. Der entscheidende Grund hierfür ist, dass zunächst der Anspruch auf völlige Naturbeherrschung als Grundlage für das Wohlergehen der Menschen formuliert und eine industrialisierte Landnutzung entwickelt worden sein musste. Die Forderung nach Naturschutz entstand in dem Moment, als die Folgen eines grenzenlosen Anspruchs auf Naturnutzung zu Raubbau an Natur und zur Zerstörung gewachsener Landschaft führten. Bereits um Ende des 18. Jahrhunderts wurden Begriffe wie Forstschutz geprägt, die Ausdruck der Erkenntnis sind, dass ein Raubbau an Ressourcen dazu führen kann, die Lebensgrundlagen der Menschen zu zerstören. Im 19. Jahrhundert folgten Begriffe wie Heimatschutz, Naturdenkmalschutz und Landschaftsschutz als Zeichen dafür, dass vielen Menschen die gewachsene vertraute Kulturlandschaft, die durch industrialisierte Landnutzung sukzessive zerstört wurde, wesentlich ist für ein sinnerfülltes Leben.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstand im Rahmen der Ökologiebewegung der 1970er Jahre die Forderung, Natur „um ihrer selbst willen" zu schützen. Bis heute strittig ist jedoch die Frage, welche Natur um ihrer selbst willen geschützt werden muss: Nur leidensfähige Tiere oder alle Lebewesen oder gar alle Naturerscheinungen?

B. DEFIZITE UND FEHLENTWICKLUNGEN IM NATURVERSTÄNDNIS

5. Der Naturschutz hat in den vergangenen 100 Jahren die Vielfalt an Naturbildern, Naturschutzzielen und Naturschutzbegründungen zu wenig reflektiert.

Im Gegensatz zu den anderen großen sozialen Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts verfügt der Naturschutz nicht über eine vorrangige/prioritäre Zielvorstellung, sondern verfolgt vielmehr eine Vielzahl gleichberechtigter, aber sich gegenseitig oft ausschließender Ziele. Ebenso groß ist die Anzahl an Schutzgütern: Natur als Landschaft, als Heimat, als Wildnis, als Arten, als Biotop, als Ökosystem, als Naturhaushalt, als Ressourcen, als Umwelt, als Mitwelt usw. Diese historisch entstandene Vielzahl an Schutzgütern ist nicht etwa Ausdruck der Unfähigkeit der Naturschützer, sich auf wenige Schutzgüter zu beschränken oder gar eine logische Ziel-hierarchie aufzubauen, sondern vielmehr der Tatsache geschuldet, dass es eine genuine Vielzahl gleichberechtigter Naturschutzziele gibt. Rückblickend lässt sich jedoch erkennen, dass es dem Naturschutz bisher zu wenig gelungen ist, diese gleichberechtigte Vielzahl von Schutzgütern in der Gesellschaft so zu kommunizieren, dass die erforderliche Akzeptanz für den Naturschutz entsteht.

Im § 1 des novellierten Bundesnaturschutzgesetzes ist die Vielfalt an Schutzgütern und die Vielfalt an Zielen überzeugend thematisiert worden, denn es soll

1. die biologische Vielfalt,

2. die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts einschließlich der Regenerations-fähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter sowie

3. die Vielfalt, Eigenart und Schönheit und den Erholungswert von Natur und Landschaft auf Dauer sichern.

6. Um sich im demokratischen Diskurs behaupten zu können, hat der Naturschutz seit den 1950er Jahren vor allem die „harten“ (funktional-ökologischen und ökonomischen) Argumente angeführt und die „weichen“ (kulturellen und ethischen) vernachlässigt.

Die Vielzahl sozialer, ökonomischer, ökologischer, ästhetisch-symbolischer sowie ethischer Gründe für Naturschutz ist bisher zu wenig reflektiert und zu wenig sinnvoll eingesetzt worden. Seit der Naturschutz in der demokratischen Gesellschaftsordnung seine Gründe gegen andere Nutzerinteressen verteidigen muss, hat er erfahren, dass die traditionell dominierenden ästhetisch-symbolischen, sozialen und ethischen Argumente in den Auseinandersetzungen als „weiche“ Fakten wenig Gehör fanden. Deshalb wurden die „harten“, d.h., die ökonomischen und funktional-ökologischen Fakten als Begründung in den Vordergrund geschoben. Dies führte zur weitgehenden Ausblendung der kulturellen Dimension des Naturschutzes und zur Ausblendung der Tatsache, dass Naturschutz keine angewandte Ökologie sein kann, sondern eine der

zentralen Kulturaufgaben der Menschheit ist. Der Naturschutz muss aber eine der zentralen Kulturaufgaben der Menschheit bleiben.

7. Mit der notwendigen Verwissenschaftlichung des Naturschutzes ging seit den 1970er Jahren eine Vernaturwissenschaftlichung seiner Sprache einher, die in der Bevölkerung oft unverständlich blieb und so die Akzeptanzprobleme verstärkte. Eine stärkere Einbeziehung der Bürger ist erforderlich.

Als Reaktion auf das Bewusstwerden einer weltumspannenden Umweltkrise entstand die Ökologiebewegung, die u.a. zu einer Aufwertung der Ökologie und zur wissenschaftlichen Fundierung des Naturschutzes führte. Dies ist auch eine Folge der wachsenden und komplizierteren Aufgaben des Naturschutzes. Obwohl bis heute die wissenschaftlichen Grundlagen für den Naturschutz unzureichend sind und die Verwissenschaftlichung weiter vorangetrieben werden muss, ist die Ökologisierung der Sprache und der Kommunikation als eine problematische Entwicklung zu betrachten. Die neuen Schlüsselbegriffe wie z.B. Ökosystemmanagement, ökosystemische Dienstleistungen, Ökosystemschutz, sozio-ökologische Systeme und Resilienz sowie die Entstehung von Hunderten von Öko-Begriffen hat nicht dazu geführt, dass der Naturschutz für die Bevölkerung verständlicher geworden ist. Notwendig erscheint daher die Entwicklung einer naturschutzbezogenen Alltagssprache, die für alle Menschen verständlich und überzeugend ist. Vor allem aber müssen gezielte Zugänge für eine aktive Beteiligung der Bevölkerung geschaffen werden. Dies ist deshalb so bedeutsam, weil neben der notwendigen Akzeptanz in der Bevölkerung das praktische Engagement von immer mehr Bürgern und Bürgerinnen wesentlich zu mehr Erfolgen im Naturschutz führt.

8. Seit den 1970er Jahren sind im Naturschutz polarisierende Denkweisen forciert worden (Mensch vs. Natur, Wohlfahrt vs. Naturschutz, Schutz vs. Nutzung). Dies hat Synergien verhindert und die Naturschutzakzeptanz verringert.

Konflikte aufgrund unterschiedlicher Nutzungsansprüche verhindern Synergien und verringern die Akzeptanz.

Die unterschiedliche Bedeutung der Naturgüter für die gesellschaftliche Aneignung verlangt auf die jeweiligen Zielgruppen angepasste Maßnahmen zur Bewältigung von Konflikten.

Seit der Wahrnehmung der Umweltkrise hat sich die Vorstellung verstärkt, dass die Hauptkonfliktlinie im Naturschutz zwischen den Menschen und der Natur verlaufe. Ausdruck hiervon ist der Argumentationswandel, die Natur nicht primär für den Menschen, sondern primär vor ihnen zu schützen. Erst im Verlauf der Biodiversitätsdiskussion der 1990er Jahre ist wieder deutlicher geworden,

dass die polarisierenden Denkmuster Mensch versus Natur, Schutz versus Nutzung sowie Wohlfahrt versus Naturschutz unzulässige Verallgemeinerungen darstellen. Stattdessen ist erkannt worden, dass die Frage, ob ein Konflikt dieser „Pole“ vorliegt, entscheidend davon abhängt, auf welche Weise und in welchem Ausmaß der Mensch die Natur durch Nutzung verändert, ob dabei die regionalen Charakteristika der Natur beachtet werden und was unter Wohlfahrt verstanden wird. Der Biodiversitätsdiskurs der letzten 20 Jahre hat die Chancen eröffnet, jene abstrakten Polarisierungen zu überwinden. Heute reift die Erkenntnis, dass die Konfliktlinie nicht zwischen zwei Abstrakta (Mensch versus Natur) verläuft, sondern zwischen Mensch-Gruppen mit unterschiedlichen Interessen, Wertvorstellungen und Ansprüchen. Als zentrales Handlungsfeld und Ziel des Naturschutzes und zur Sicherung der Qualität ist die Landschaft von herausragender Bedeutung. Daher sind Lebensweisen und Lebensstile ebenso zu überdenken, wie Wirtschaftsformen, die den Raubbau an Natur forcieren.

9. In den letzten vier Jahrzehnten ist im Naturschutz häufig versucht worden, ökologische Sachzwänge zu konstruieren, um daraus direkt das notwendige gesellschaftliche Verhalten abzuleiten.

Angesichts der hohen Reputation, die die Naturwissenschaften in den modernen Gesellschaften haben, hat der Naturschutz in den letzten vier Jahrzehnten versucht, ökologische Sachzwänge zu konstruieren, z.B. dass ein „ökologisches Gleichgewicht“ oder die „Ökosystemgesundheit“ zu erhalten sei – und dass dazu Artenvielfalt erforderlich sei („Diversitäts-Stabilitäts-Hypothese“). Aus diesen ökologischen Gewissheiten, so wurde argumentiert, ergebe sich zwingend, was der Mensch tun oder lassen müsse, wenn er vernünftig handeln will. Im Gegensatz dazu haben die Erkenntnisse der modernen Ökologie gezeigt, dass es sich weder beim ökologischen Gleichgewicht noch bei Ökosystemgesundheit, noch beim Zusammenhang zwischen Artenvielfalt und Ökosystemstabilität um Naturtatsachen bzw. Naturgesetzlichkeiten handelt. Die Verweise auf ökologische Sachzwänge und ökologische Gesetzmäßigkeiten sind Ausdruck eines wissenschaftlich nicht mehr haltbaren Naturideals, das in den letzten vier Jahrzehnten im Mittelpunkt der Argumentation der Naturschützer stand. Zwingend notwendig erscheint daher die Entwicklung eines sozialen Naturideals, das den Erkenntnissen der modernen Ökologie besser Rechnung trägt und zugleich dem Denken und Handeln der Menschen besser gerecht wird.

10. Im Bemühen um mehr Akzeptanz für Naturschutz ist bisher weitgehend unberücksichtigt geblieben, dass es in der Bevölkerung sehr unterschiedliche Naturbewusstseinstypen gibt mit unterschiedlichen Lebensstilen und Naturzugängen.

Erst in den letzten zehn Jahren ist durch wissenschaftliche Studien die Vermutung belegt worden, dass es in der Bevölkerung unterschiedliche Naturbewusstseinstypen gibt, für die Natur unterschiedliche persönliche Bedeutung hat und die die Gefährdung von Natur, das Verhältnis von Mensch und Natur bzw. von Nutzung und Schutz der

Natur unterschiedlich einschätzen. Ein Ergebnis dieser Analyse, das für die Akzeptanz von Naturschutz wichtig scheint, ist die Tatsache, dass es, vereinfacht gesagt, fünf Naturbewusstseinstypen gibt: Naturschutzorientierte (33%), unbesorgte Naturverbundene (21%), Nutzenorientierte (19%), Desinteressierte (14%) sowie Naturferne (13%). Die neuesten Erkenntnisse zeigen, dass diese Naturbewusstseinstypen in der Bevölkerung nicht gleich verteilt sind; ihr Anteil ist stark abhängig von sozio-demographischen Parametern. So zeigte sich, dass das Naturbewusstsein ist in den unterschiedlichen sozialen Milieus in Deutschland, die sich in ihren Lebensauffassungen, Wertprioritäten, Verhaltensweisen sowie alltagsästhetischen Präferenzen unterscheiden, sehr unterschiedlich entwickelt ist. Zum Beispiel sind „Naturschutzorientierte“ unter den Befragten mit hoher Bildung überdurchschnittlich häufig vertreten, während „Naturferne“ unter jüngeren und einkommensschwachen Befragten überdurchschnittlich stark vertreten sind. Deutlich wurde auch, dass Religiosität einen entscheidenden Einfluss auf das Naturbewusstsein haben kann. Angesichts dieser Differenzierung bezüglich des Naturbewusstseinsstands in der Bevölkerung muss der Naturschutz lernen, sich mit abgestuften Zielsetzungen auf die realistisch erscheinenden Veränderungspotenziale in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen einzustellen und adäquate Bildungskonzepte und Angebote zu schaffen.

C. LANDSCHAFT ALS ZENTRALES SCHUTZGUT

11. Nicht das wissenschaftlich definierte Ökosystem, sondern die emotional erfahrbare Landschaft muss wieder zum zentralen Schutzgut des Naturschutzes werden.

Für die meisten Menschen sind das ästhetische Erleben einer kulturhistorisch gewachsenen Landschaft sowie die damit verbundenen symbolischen Bedeutungen von Natur nach wie vor der entscheidende emotionale Zugang zur Natur. Dominierte in den vergangenen drei Jahrzehnten ein vorwiegend ökologisches Naturideal (Ökosystemschutz, Ökosystemmanagement), steht der Naturschutz heute vor der Aufgabe, wieder ein kulturelles Naturideal in den Mittelpunkt zu stellen, ohne die notwendigen wissenschaftlichen Grundlagen des Naturschutzes zu vernachlässigen. Im Naturschutz, der sich an einem kulturell geprägten Naturideal orientiert, steht die emotional erfahrbare Landschaft im Zentrum und offenbart die Möglichkeit, die Menschen dort abzuholen, wo sie am sensibelsten sind.

Bei der Vermittlung des Landschaftsbegriffes muss sich der Naturschutz aber immer bewusst sein, dass es zwei unterschiedliche Ansätze gibt, wie man sich Landschaft nähert: Den mental-ästhetischen und den materiell-funktionalistischen. . Beim mental-ästhetischen Ansatz existiert die Landschaft im Denken des Betrachters, beim materiell-funktionalistischen Ansatz wird die Landschaft zur materiellen Realität, die oft als harmonische funktionale Einheit von Mensch und Natur gedacht wird. Der Naturschutz steht vor der Aufgabe, das naturwissenschaftliche Paradigma einer

„ökologischen Landschaftsplanung“ durch ein kulturwissenschaftliches Paradigma zu substituieren, das den Weg zu den kulturellen Dimensionen der Landschaft wieder öffnet.

12. Nur das Schutzgut Landschaft hat das Potential, sowohl den ästhetisch-emotionalen Naturzugang als auch den funktionalistisch-materiellen Naturzugang zu kommunizieren.

Der Mensch schützt, was ihn trägt und was ihm gefällt, denn für den Menschen ist Natur sowohl physische Lebensgrundlage (Natur als Ressource, materiale Dienstleistungen der Natur), als auch entscheidend für ein sinnerfülltes Leben (Natur als emotional besetztes Symbol und ästhetisches Objekt). Von allen bisher beschriebenen Schutzgütern des Naturschutzes hat nur die Landschaft das Potenzial, diese beiden Aspekte in sich zu vereinen. Mit der Erlebbarkeit von Natur als Landschaft wird der emotionale Zugang, die Rolle der Natur für ein sinnerfülltes Leben thematisiert; insbesondere ermöglichen einzigartige, harmonische (Kultur-) Landschaften Gefühle von Geborgenheit und Zugehörigkeit, während wilde (Natur-)Landschaften eine Distanzierung von gesellschaftlichen Zwängen erlauben. In funktional-materieller Perspektive kann Landschaft als Naturhaushalt interpretiert werden und dafür stehen, wie die Natur beschaffen sein muss, um ökosystemische Dienstleistung für die Bereitstellung der physischen Lebensgrundlagen des Menschen zu sein. Aus diesem Grunde muss das Schutzgut Landschaft wieder zum zentralen Schutzgut des Naturschutzes werden.

13. Neben der gewachsenen Kulturlandschaft muss der Naturschutz stärker als bisher auch die Stadtlandschaften und die urbanen Räume in seine Konzepte und Strategien einbeziehen.

Im traditionellen Naturschutz des 19. Jahrhunderts war die (Groß-)Stadt der Gegenbegriff zur Kulturlandschaft und der Ort des Unheils. Großstädte waren nicht nur die Orte, in denen die Naturzerstörung manifest wurde, sondern auch die Orte, in denen die flächendeckende Übernutzung und Zerstörung der Landschaft geplant wurde. Mit der Entwicklung der Stadtökologie in den 1970er Jahren setzte ein Umdenken ein. Die Stadt wurde nicht länger als „Un-Ort“ und als Gegenpol zu den „organischen“ ländlichen Lebensweisen betrachtet, sondern die neuen städtischen Naturschutzpotentiale wurden in den 1970er und 1980er Jahren immer deutlicher. Symptomatisch für die neue Wertschätzung ist die Erkenntnis, dass sich in Städten eine hohe Artenvielfalt in Verbindung mit vielen ökologischen Nischen wie alten Friedhöfen, Brachen, Parks, Gärten und Wohnquartieren findet. Inzwischen hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass auch in den Städten und in den urbanen Räumen ein sinnvoller Naturschutz möglich ist, der auch die Erfahrbarkeit von Stadtwildnis (z.B. Brachen) einschließt. Um größere Teile der städtischen Bevölkerung für den Naturschutz zu gewinnen, werden die urbanen Räume und Stadtlandschaften eine immer größere Rolle spielen. Außerdem müssen Themen wie die Qualität des

Wohnumfelds, Mobilität, Grünversorgung und Gesundheitsvorsorge mehr betont werden.

Für den Naturschutz ergeben sich hierdurch neuartige Möglichkeiten, Akzeptanz zu fördern bei den Menschen in der Stadt, die ein essentielles Interesse haben an der Verbesserung ihres Wohnumfeldes und ihrer Lebensqualität.

14. Der Wildnisschutz sollte die Menschen stärker als bisher in ihrem ästhetisch-emotionalen Naturverständnis ansprechen.

In den letzten Jahren hat sich der Schutz von Wildnis zu einer wichtigen Aufgabe des Naturschutzes entwickelt. Begründungen für dieses Schutzziel sollte, wie es auch für den Schutz von Kulturlandschaften sinnvoll ist, nicht primär ökologisch-funktional sein, sondern die Menschen vor allem in ihrem ästhetisch emotionalen Naturverständnis ansprechen. Denn Wildnis ist für die Menschen primär ein sinnhafter Erfahrungsraum, eine positiv bewertete symbolische Gegenwelt zur Alltagswelt zivilisatorischer Zwänge, in der man Natur und sich selbst unmittelbar „unentfremdet“ begegnen kann. Für die Erlebbarkeit von Wildnis kommt Großschutzgebieten eine essentielle Bedeutung zu.

D. ZENTRALE HERAUSFORDERUNGEN DES NATURSCHUTZES IM 21. JAHRHUNDERT

15. Biodiversitätsverlust: Der weltweite Schwund an Biodiversität auf dem Niveau der Gene, Arten und Ökosysteme ist zu einem gesellschaftlichen Problem geworden, weil dadurch Lebensgrundlagen des Menschen irreversibel zerstört werden.

Der Begriff Biodiversität, mit dem die Mannigfaltigkeit an Genen, Arten und Ökosystemen zusammengefasst wird, ist von Biologen 1986 geprägt worden, um angesichts des zunehmenden globalen Verlustes der Vielfalt vor allem von Arten und den hieraus resultierenden Fragen für das Wohlergehen des Menschen mehr Einfluss zu gewinnen und eine breite Öffentlichkeit zu erreichen. Der Biodiversitätsbegriff steht seither für die bewusste Politisierung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse.

Der Siegeszug des Biodiversitätsbegriffs steht im engen Zusammenhang mit dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt, das 1992 in Rio de Janeiro im Rahmen der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung verabschiedet wurde. Seitdem hat sich gezeigt, dass der Biodiversitätsbegriff geeignet ist, die Interessen und Belange sehr unterschiedlicher Gruppen zu integrieren: Ökologie und Ökonomie, Umweltschutz und Entwicklung, Naturschutz und Naturnutzung.

Die Auseinandersetzungen laufen zwischen Ressourcenverbrauch, Infrastrukturplanung und dem Naturschutz. Die vielen Kontroversen auch zwischen den Ländern des Nordens und Südens, die sich im Umfeld der Biodiversitätskonvention in den letzten zwei Jahrzehnten zeigten, machen deutlich, dass die Hauptkonfliktlinie

im Naturschutz nicht zwischen „dem Menschen“ und „der Natur“ verläuft, sondern zwischen Menschengruppen mit ihren je unterschiedlichen Interessen, Wertvorstellungen und Ansprüchen. Dies zeigt, dass der Naturschutz nicht länger als wissenschaftlich begründeter Arten- und Biotopschutz aufgefasst werden darf und der Umweltschutz nicht lediglich als ein auf Grenzwerte fokussierter Ressourcenschutz zu verstehen ist, sondern – wie es über den Biodiversitätsschutz schon geschieht – die kulturellen und sozialen Dimensionen notwendigerweise thematisieren und naturverträgliche Nutzungsformen fordern muss. Der Biodiversitätsdiskurs zeigt, wie entscheidend es sein wird, die kulturellen und sozialen Dimensionen zu erkennen und aufzugreifen sowie Lebensweisen und Wirtschaftsformen stärker als bisher im Naturschutz und in der politischen Öffentlichkeit zu thematisieren.

Mit der im Jahre 2007 von der Bundesregierung beschlossenen „nationalen Biodiversitätsstrategie“ (NBS), die in einem langjährigen Prozess mit intensiver Mitwirkung der Naturschutz- und Naturnutzerverbände entstanden ist, verfügt der Naturschutz in Deutschland über ein herausragendes Instrument für das 21. Jahrhundert. Gegenwärtig steht der DNR mit seinen Mitgliedern vor der Herausforderung, im Rahmen des seit 2011 existierenden „Bundesprogramm Biologische Vielfalt“ zur Umsetzung der NBS durch attraktive Projekte beizutragen.

16. Klimawandel: Durch den sich bereits vollziehenden Klimawandel werden bewährte Naturschutzkonzepte radikal in Frage gestellt. Der Naturschutz muss darauf mit intelligenten Landnutzungskonzepten und Anpassungsstrategien reagieren.

Weitgehender Konsens herrscht heute in der Gesellschaft, dass der von Menschen mitverursachte Klimawandel vor allem negative Auswirkungen auf die biologische Vielfalt und die Nutzungsfähigkeit ökologischer Systeme (Ökosystemdienstleistungen) haben wird. Der Naturschutz sollte jedoch nicht an die problematische Tradition anknüpfen, durch apokalyptische Visionen die Bevölkerung zu mobilisieren, weil Untergangsszenarien langfristig zu Fatalismus und Resignation führen.

Die Dynamik des Klimawandels steht in eklatantem Gegensatz zu der in der Vergangenheit dominierenden statischen Naturauffassungen, sodass eine kritische Auseinandersetzung mit den Natur- und Leitbildern des Naturschutzes notwendig ist. Allerdings bietet die Dynamik des Klimawandels auch die Chance, deutlicher als bisher zwischen erwünschten und unerwünschten Veränderungsprozessen von Natur und Landschaft zu unterscheiden. Ein klug durchdachter Naturschutz bietet neue Möglichkeiten für Win-Win-Lösungen in Bezug auf die Vermeidung von Treibhausgasen sowie hinsichtlich der Anpassung an den Klimawandel. Naturschutz muss im 21. Jahrhundert ein Kernbestandteil der deutschen Anpassungsstrategie bilden. Im Zentrum der neuen Naturschutzbemühungen sollte die Erhaltung von Kohlenstoffspeichern ebenso stehen wie die Entwicklung von angepassten

Landnutzungssystemen sowie die Gestaltung einer zunehmend durchlässigen Landschaft für die Migration von Arten. Boden und Wasser sind dabei besonders wichtig.

Bisher ist in der Gesellschaft unterschätzt, mit welchem relativ geringen Mitteleinsatz Naturschutz zur Sequestrierung von Kohlenstoff und zur Anpassungsfähigkeit an den Klimawandel beitragen kann. Für den Klimaschutz sind die Energiewende und die Energieversorgung ausschließlich durch erneuerbare Energien entscheidend. Dies darf allerdings nur auf eine naturverträgliche Weise erfolgen.

17. Agrarpolitik: Die Intensivierung der Landwirtschaft und die Nutzung nachwachsender Rohstoffe für die Energieproduktion forcieren den Biodiversitätsverlust, zerstören gewachsene Landschaften, bedrohen verbliebene Wildnis und überlasten Ökosysteme.

Bis ins 19. Jahrhundert hinein hat eine facettenreiche und kleinteilig gegliederte Landwirtschaft in Europa zur Vergrößerung der Artenvielfalt geführt. Die Ende des 19. Jahrhunderts einsetzende Industrialisierung der Landwirtschaft geht seitdem mit einem eklatanten Verlust an biologischer Vielfalt einher. Seit den 1970er Jahren wird daher die Forderung einer grundlegenden Agrarwende erhoben, die auf eine Ressourcenschonung und die Integration des Naturschutzes auf der Produktionsfläche abzielt.

Für die aktuell im Rahmen der EU-Reformen anstehende Agrarwende bietet sich der ökologische Landbau als naturschutzfachliches Leitbild für die Landwirtschaft an. Mittelfristig sollten 20% ökologischer Landbau in Deutschland erreicht werden. Der Naturschutz engagiert sich daher für die Umsetzung des Aktionsprogramms ökologischer Landbau.

Aus naturschutzfachlicher Sicht zentral ist hierbei die Umschichtung der Mittel aus der ersten Säule (Preisstützung, Tierprämien, Flächenzählung, Zahlung usw.) in die zweite Säule (u.a. Entwicklung ländlicher Räume und Agrarumweltprogramme). Für eine Weiterentwicklung der guten fachlichen Praxis fordert der Naturschutz: Einrichtung von Pufferzonen, ökologische Ausgleichsflächen, Erhaltung bestehender Strukturelemente, Verzicht auf Gentechnik.

Die Forschung steht vor der Herausforderung, die Agrarwende durch langfristige trans- und interdisziplinäre Vorhaben zu begleiten. Hinzu kommen die Förderung der Bildung, Ausbildung und Beratung für eine naturgerechte Landwirtschaft. Die Naturschutzverbände stehen hier vor der Herausforderung, ihre Öffentlichkeitsarbeit zu verstärken und neue Marktpotenziale für Produkte des ökologischen Landbaus zu erschließen. Naturschutzverbände sind die zentrale Unterstützung des neuen Weges in der Agrarwende und sollten hier eine strategische Partnerschaft mit den Landwirten und Landwirtschaftsverbänden anstreben.

18. Ökonomie: Im 21. Jahrhundert müssen sich Theorie und Praxis der Ökonomie so grundlegend ändern, dass das Naturkapital nicht länger vernichtet, sondern dauerhaft erhalten bleibt als Lebensgrundlage zukünftiger Generationen.

Die Geschichte der Industrialisierung war bisher eine Geschichte der Verdrängung von Natur aus den ökonomischen Theorien und Berechnungen. Aus Naturschutzsicht wird jedoch seit Jahrzehnten die Meinung vertreten, dass Natur ein Kapital ist, das es zu erhalten lohnt. Offensichtlich ist es jedoch mit den bisherigen ökonomischen Theorien und Instrumenten nicht möglich, den Reichtum der Natur gegen die Kräfte eines globalisierten Marktes zu sichern. Erfolgversprechender scheint es daher, den Markt selbst als ein Instrument im Naturschutz zu gebrauchen, d.h. Naturschutz auch ökonomisch zu betreiben.

Die in den letzten Jahrzehnten forcierten Versuche einer monetären Inwertsetzung von Biodiversitätselementen hat dazu geführt, dass der Blick auf die Gratisleistungen der Natur geschärft wurde; allerdings zeigt sich auch deutlich, dass der Versuch, den wahren ökonomischen Wert der Biodiversität zu ermitteln, methodisch und sachlich höchst fragwürdig ist. Einerseits ist es offensichtlich sinnvoll, Natur Inwert zu setzen, andererseits ist Inwertsetzung kein Allheilmittel. Sie hat methodische, empirische, strategische, politische und auch moralische Grenzen. Der Naturschutz steht im 21. Jahrhundert vor der Herausforderung, eine ökonomische Bewertung von Natur kritisch zu begleiten, indem er sich mit den Prämissen, Methoden, Ansätzen und Konzepten modernen ökonomischen Denkens im Detail vertraut macht. Der Naturschutz muss seine bisherige Scheu gegenüber ökonomischen Argumenten aufgeben und stattdessen stärker betonen, wie ökonomisch wertvoll Natur als physische Lebensgrundlage ist. Das heißt aber nicht, dass der Naturschutz seine grundlegenden Begründungen ausschließlich in der Ökonomie suchen sollte; vielmehr ist er als ein wesentliche gesellschaftspolitische Bewegung gut beraten, seine generellen Begründungen auf dem Gebiet der sozialen wie ästhetisch-symbolischen Wertschätzung von Natur sowie der Umweltethik zu formulieren. Die weitere Inanspruchnahme der Naturgüter und Ressourcen ist durch ein Umsteuern von Infrastrukturplanung, Regional- und Stadtentwicklung zu nachhaltigen natur-verträglichen Konzepten zu begrenzen. Neue Elemente der Partizipation und Entscheidungsfindung mit der Bürgergesellschaft sind dafür Voraussetzung.

19. Lebensstil: Angesichts der Erkenntnis, dass der westliche Ressourcenverbrauch nicht auf die gesamte Menschheit übertragbar ist, sind naturverträgliche Lebensweisen zu entwickeln, flankiert von neuen staatlichen Rahmenbedingungen.

In den letzten zwei Jahrzehnten ist klar geworden, dass die Menschheit in den 1980er Jahren eine problematische Grenze überschritten hat: Seit dieser Zeit verbraucht die Welt Jahr für Jahr mehr Ressourcen, als die Natur erneuern kann. Die globale ökologische Überlastung ist heute zum Charakteristikum der Menschheitsgeschichte geworden.

Angesichts dieser Entwicklung steht der Naturschutz im 21. Jahrhundert vor der Herausforderung, neue Formen naturbewahrender Lebensstile zu entwickeln sowie die staatlichen Institutionen dazu zu bewegen, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für einen nachhaltigen, naturverträglichen Lebensstil zu schaffen. Es geht dabei auch um die Aneignungsfähigkeit und -möglichkeit von Landschaften für die Bürgergesellschaft. Für die Naturschutzarbeit im 21. Jahrhundert ist die Erkenntnis wesentlich, dass das Wohlergehen der Menschen nicht länger am Geldwert der produzierten Güter und Dienstleistungen bemessen werden darf (Bruttoinlandsprodukt/BIP), sondern ein neuer quantifizierbarer Lebensqualitätsindikator entwickelt werden muss (z.B. grünes BIP, Nationaler Wohlfahrtsindex/NWI). Wesentlich stärker als bisher muss die Problematik der nachhaltigen Lebensstile und der nachhaltigen Konsummuster auf die politische Tagungsordnung gesetzt werden. Die langfristige Sicherung eines guten Lebens für die Menschen erfordert es, endlich nachhaltig zu produzieren und nachhaltig zu konsumieren. Zentrale Herausforderung ist es, eine neue Kultur des Brauchens statt des Verbrauchens zu etablieren.

Verbürgte statt beliebige Nachhaltigkeit

Dr. Günther Bachmann

Generalsekretär des Rates für Nachhaltige Entwicklung, Berlin

Vorbemerkung von Hubert Weinzierl:

Vor 60 Jahren wurde der Deutsche Naturschutzring als Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände gegründet. 40 Jahre ist es nun her, dass das 1. Europäische Naturschutzjahr eine Epoche einläutete, die unser Anliegen zur Bewahrung der Schöpfung und zur Verantwortung gegenüber unserer Umwelt fest in der Agenda unserer Gesellschaft verankerte. Vieles hat sich seither zum Positiven gewendet. Aber noch viel mehr bleibt zu tun. Die Probleme sind größer geworden.

Der DNR nimmt die runde Jahreszahl zum Anlass, eine Leitbild-Debatte zu führen. Wir fragen nach der Wirkung unserer Aktivitäten und ziehen Bilanz. Wir wollen ausloten wie unser Verständnis von Naturschutz am besten den Anforderungen der Nachhaltigkeit entspricht. Wir wollen diskutieren, wie wir den gerechten und verantwortungsvollen Umgang mit der Natur zu einem neuen Kultur-Entwurf machen können und wie sich der DNR wirkungsvoll in diese Entwicklung einbringen kann.

Der DNR führt diese Debatte zu drei Schwerpunktthemen: Naturverständnis, Nachhaltigkeit, Wachstum. Ich danke Herrn Dr. Günther Bachmann für seine Bereitschaft, zum zweiten Thema – dem der Nachhaltigkeit – einen Impuls für unsere Diskussion zu geben.

Diesem Impulsreferat ging ein partizipativer Dialog voraus. Erste Thesen des Autors wurden am 23. März 2010 in einem DNR-Gesprächskreis diskutiert, zu dem ich die interessierten Kreise im DNR eingeladen hatte. Ich bedanke mich für die intensive Diskussion und die weiterführenden Kommentare und Hinweise der Teilnehmer. Ich danke Herrn Bachmann dafür, dass er umgehend den ersten Entwurf des Impulsreferates erstellt hat und wiederum dem DNR zur Vorbereitung des Symposiums „Vom Naturschutz zur Nachhaltigkeit“ im Rahmen der Festveranstaltung „60 Jahre Deutscher Naturschutzring (DNR)“ zur Verfügung stellt und damit zur Diskussion einlädt.

Verbürgte statt beliebige Nachhaltigkeit

Konsequenzen

Ideen und Aktionen zur Nachhaltigkeit haben in den letzten Jahren mehr Erfolg als je zuvor. Nachhaltigkeit ist kein Nischenthema mehr. Das ist ein Erfolg. In den 80er und 90er Jahren war Deutschlands Nachhaltigkeitspolitik hauptsächlich eine Diskussion. Es ging um Programme und Konzepte, in wissenschaftlichen Kreisen, auf politischer und vor allem auf der lokalen Ebene. Allerdings kam man nicht so recht voran. Die Mehrzahl der lokalen Initiativen stagnierte, die Konzept-Debatten reduzierten den kleinen Kreis von Interessierten noch mehr. Der Begriff galt als sperrig, sein Inhalt als wenig attraktiv und zudem oft beladen mit Schuldzuweisungen und Verzichtsforderungen.

Seit einigen Jahren aber nimmt die Nachhaltigkeitspolitik an Fahrt auf. Die Ignoranz der 70er und 80er Jahre, mit der ein politischer Mainstream das umweltorientierte Denken marginalisieren und oft geradezu lächerlich machen konnte, indem zum Beispiel die Frage nach den Lebensstilen als notorische Besserwisserei von Besserverdienenden denunziert, funktioniert nicht mehr. Das Thema Nachhaltigkeit geht nicht mehr weg. Nachhaltigkeit ist ein Thema für die zeitgemäße Bestimmung von Fortschritt und Verantwortung, Freiheit und Kultur geworden. Dieser Erfolg ist nicht weniger, aber auch nicht mehr als ein Signal für ethische Bereitschaft zum Handeln und eine weit verbreitete Verunsicherung bei der Suche nach den geeigneten politischen Schlussfolgerungen.

- Heute ist Nachhaltigkeit viel praktischer und eingreifender als zuvor; dadurch ist sie lebensnäher und überzeugender. Sie basiert auf einer Reihe von „einfachen Wahrheiten“. Die Idee der Nachhaltigkeit hat über das unmittelbare Umweltthema durch die Krise des globalisierten Finanzmarktes an Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit gewonnen. Sie kommt in der Gesellschaft an. – Jedoch nimmt die Beliebigkeit und die fast modisch zu nennende Nutzung des Begriffes zu, die mitunter inhaltlich falsch oder unverstanden ist. Es ist zu befürchten, dass inhaltliche Unschärfe zu sozialer Ohnmacht führt, wenn dem nicht konsequent entgegen gewirkt wird.
- Aus der Politik kommen wichtige Signale für eine wirksamere Nachhaltigkeitspolitik, führende Unternehmen greifen das Thema auf, das Wissen um Probleme und Lösungen wird weiter vertieft. – Jedoch sind diese Signale oft prekär, wo sie auf den Mainstream treffen, der auf fortschrittsnaiven und ressourcen-blinden Alt-Strategien beharrt. Es kommt
- daher darauf an, die „Signalstärke“ zu verstärken und die Glaubwürdigkeit von Nachhaltigkeit zu verbessern.

- Nachhaltigkeit wird zunehmend als eine Herausforderung begriffen, Ziele des eigenen (!) Handelns zu diskutieren und festzulegen, Prozesse zu initiieren und einen strukturellen Wandel zu beginnen. – Jedoch bleibt die tatsächliche Wirksamkeit des nachhaltigen Handelns beschränkt, wenn die eigene, praktische Kompetenz der Akteure nicht drastisch erweitert wird.

Schritte machen

Was könnten die nächsten Schritte sein, um die großen Veränderungen, die unsere Gesellschaft vor sich hat, wirklich ins Werk zu setzen? Zwanzig Jahre nach der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung im brasilianischen Rio de Janeiro, die 1992 zum so genannten Erdgipfel wurde, steht eine – auch umweltpolitische – Neuvermessung der globalen Nachhaltigkeitspolitik an. Jeder weiß oder spürt es mindestens, dass es so wie es jetzt geht kaum mehr auf Dauer gehen kann. Mit den Konzepten der Vergangenheit ist Zukunft nicht zu schaffen. Mit dem Hoffen auf undifferenziertes und Grenzen verdrängendes Wirtschaftswachstum, das zudem noch mit fragwürdigen Methoden gemessen wird, sind eine nachhaltige Wirtschaft und ein nachhaltiger Konsum nicht auf Dauer aufzubauen. Mit dem Anhäufen von Schulden – seien es ökologische Schulden durch Übernutzung der natürlichen Ressourcen oder fiskalische Schulden gegenüber der nächsten Generation von Steuerzahlern – ist keine zukunftsfeste Politik zu machen. Mit einem Fortschritt, der Natur nur als das zu Beherrschende sieht, dessen Vernichtung mithin hinzunehmen ist, sind Verantwortung und Freiheit nicht zu erhalten.

Das Konzept der Nachhaltigkeit fordert von uns allen, Entscheidungssysteme politischer und wirtschaftlicher Institutionen sowohl auf ökologischer als auch auf ökonomischer und sozialer Seite neu zu ordnen und Spielregeln neu zu finden. Das gilt sowohl auf globaler als auch auf nationaler Ebene. Das gilt für den Staat und die Wirtschaft ebenso wie für zivilgesellschaftliche Institutionen und die Wissenschaft.

Es spricht viel dafür, dass weitere Impulse letztlich nur aus den praktischen Erfahrungen der Vorreiter kommen werden; dabei liegt eine große Verantwortung bei den Unternehmen mit erfolgreichem Nachhaltigkeitsengagement einerseits und der Zivilgesellschaft andererseits.

Primat des Politischen

Eine Mode ist etwas Vorübergehendes, Einstweiliges. Nachhaltigkeit ist keine Modeerscheinung. Die nicht nachhaltigen Trends – Klimawandel,

Ressourcenvergeudung, Artensterben, fiskalische Mega-Schulden, demographischer Wandel – sind keine vorübergehende Erscheinung, sondern festgefügte Strukturen.

Nachhaltigkeitspolitik ist daher mindestens ebenso auf Dauer angelegt, wie es diese Mega-Trends sind. Allerdings ist diese Beschäftigung für viele Menschen etwas Neues und erscheint ihnen womöglich als „Mode“. Es ist eine oft arglose, mitunter auch ahnungslose und wohl nur zu einem geringen Anteil auch gezielt störende Art, alles und jedes als „nachhaltig“ zu bezeichnen, was der eigentlichen Definition nicht standhält. Aus dieser Art von Mode etwas dauerhaft Produktives zu machen, das sich in das kulturelle Gedächtnis der Gesellschaft einwebt, ist die Konsequenz aus zehn Jahren Nachhaltigkeitspolitik.

Ähnlich wie die Begriffe Demokratie, Gerechtigkeit, Freiheit signalisiert Nachhaltigkeit ein Konzept zum Wohl der Allgemeinheit. Nachhaltigkeit ist ein Begriff mit hohem Wert. Niemand propagiert öffentlich, etwas bewusst Unnachhaltiges oder Undemokratisches tun zu wollen. Hochwertwörter haben durchaus absichtsvoll eine gewisse Unschärfe, weil sie den Adressaten auffordern, selbst etwas zu tun. Die Unschärfe fördert und erzwingt die gesellschaftliche Diskussion um Inhalte, Ausgestaltung und Prioritäten. Sie fördert die Debatte. Indessen kommt eine echte Debatte nur dann zustande, wenn der vertiefte Begriffsinhalt fachlich und politisch erklärt, verteidigt und immer wieder aufs Neue begründet wird. Hieran mangelt es zurzeit. Deshalb gibt es heute – anders als in der Umweltbewegung der 70er Jahre – keine zivilgesellschaftliche Institution, die sich aus der unterschiedslosen Anzahl derer heraushebt, die den Begriff Nachhaltigkeit nachlässig verwenden und abschleifen. Von der bloßen Anwendung eines Begriffes bis zur konsequenten Wortführerschaft ist es ein weiter Weg.

Dieser Umstand fordert die Naturschutz- und Umweltbewegung heraus. Mit der Qualität ihrer Antwort auf die Nachhaltigkeits-Frage entscheidet sie letztlich darüber, ob und welchen Platz die zivilgesellschaftliche Natur- und Umweltschutzbewegung in der Gesellschaft hat und in Zukunft haben will. Bisher jedenfalls ist die umweltpolitische Kritik an der beliebigen und modischen Verwendung des Begriffes Nachhaltigkeit durchaus zwiespältig.

Richtig ist das angemahnte Primat des Inhaltes. Es muss fortwährend angemahnt und unter Beweis gestellt werden. So manifestiert sich – beim Thema Nachhaltigkeit – das Primat des Politischen gegenüber der entpolitisierenden Boulevard-Version eines beliebigen Nachhaltigkeitsverständnisses.

Falsch ist die Festungsmentalität. Sie kommt auf, wenn man auf der reinen Lehre besteht und viele zunächst inhaltsoffene Bemühungen als Boulevard abtut und in die semantische Schmuddelkinder-(Begriffs)Welt verweist. Dann baut sie keine Eigenkompetenz auf und nimmt die gesellschaftliche Suche nach Wegen in die Nachhaltigkeit nicht ernst.

Wir müssen lernen, mit der neuen Beliebigkeit im Umgang mit dem Begriff Nachhaltigkeit kritisch umzugehen ohne sie zu legitimieren, aber auch ohne sektiererische Abgrenzung und ohne die Delegitimierung derjenigen, die neue Wege gehen. Das geht aber nur, wenn sie die „Nachhaltigkeit“ als Herausforderung annehmen, das eigene Handeln im Hinblick auf soziale und ökologische Kriterien zu überprüfen und fortzuentwickeln. Das ist nicht trivial. Dafür ist es notwendig, den institutionellen Rahmen des Handelns zu verändern. Ethik ist nicht teilbar. Ethische Maßstäbe an das Verhalten anderer, zum Beispiel globaler Konzerne anzulegen, setzt voraus, dass diese auch das eigene Handeln leiten. Man kann nicht allgemein über Lebensstile und Nachhaltigkeit sprechen, ohne dass man selbst weiß woher der Strom des eigenen Hauses kommt.

Aufgabe: Code der Nachhaltigkeit

Die aktuelle politische und wirtschaftliche – und auch die kulturelle – Bedeutung von Nachhaltigkeit ist nur verstehbar, wenn man den ökologischen Kern der Nachhaltigkeits-Idee versteht und nachvollziehbar macht. Der ökologische Code wird seit Carl von Carlowitz damit beschrieben, dass aus einem (Forst-)Bestand nur so viel (Holz) entnommen werden darf wie nachwächst. Seitdem hat Nachhaltigkeit einen ökologischen Code. Er ist inzwischen ausdifferenziert und auch auf soziale und fiskalische Gegebenheiten hin interpretiert worden. Wer den ökologischen Code der Nachhaltigkeit beschreiben, inhaltlich belegen und fortwährend auf aktuelle Fragen hin interpretieren kann, ist in einer guten Position, die Entwicklung der Gesellschaft erfolgreich mitzugestalten.

Die UN-Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (nach ihrer Vorsitzenden, der ehemaligen norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland, auch als Brundtland-Kommission bekannt) hat 1987 die internationale Debatte über Entwicklungs- und Umweltpolitik maßgeblich durch die politische Einführung der Idee der Nachhaltigkeit beeinflusst. Den Ausgleich zwischen global erforderlichem Umweltschutz und dem entwicklungspolitischen Recht auf wirtschaftliche Entwicklung beschreibt sie wie folgt: „Entwicklung zukunftsfähig zu machen, heißt, dass die gegenwärtige Generation ihre Bedürfnisse befriedigt, ohne die Fähigkeit der zukünftigen Generation zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse befriedigen zu können." Diese Definition ist bis heute gültig und erlaubt erstmals eine Herangehensweise, um die üblicherweise getrennt behandelten Umweltprobleme, Lösungen zur Überwindung der Armut, der Rahmenbedingungen wirtschaftlicher Wachstumsstrategien und sozialpolitischer Aspekte integrativ zu behandeln.

Integratives Denken, Langfristigkeit, Partizipation und die jeweils aktuellen Wissensgrundlagen um Ressourcen werden in der Nachhaltigkeitspolitik als regulative

Prinzipien mit dem Ziel eingesetzt, die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren. Auf dieser Basis lässt sich eine Reihe einfacher Wahrheiten formulieren.

- Was kommt, muss bleiben können. Die Erhaltung des Bestands an ökologischen Ressourcen ist ein modernes Projekt. Bestandserhaltung – egal, ob im Hinblick auf ökologische, soziale oder fiskalische Ressourcen - ist nicht Erstarrung, im Gegenteil: Wer den Bestand der natürlichen Lebensgrundlagen auch in einer Welt mit neuen Milliarden Menschen erhalten will, steht vor den größten Innovationen, die die Menschheit je vor sich hatte.
- Verantwortung für die Zukunft hat jeder, der sie erleben will. Verantwortung fängt bei der Eigenverantwortung an, zum Beispiel für Produkte, Produktionsweisen, Einkauf und Mobilität.
- Nachhaltigkeit hat Maß und Zahl. Erneuerbare Ressourcen können nur soweit genutzt werden wie sie sich regenerieren. Die Nutzung endlicher Ressourcen ist endlich und daher nicht zukunftsfähig. Unterhalb dieser Grenzen der Verfügbarkeit begrenzt die Anpassungsfähigkeit der Ökosysteme und die menschliche Gesundheit die Ressourcenverwendung, wenn diese Schadstoffen und Klimagasen freisetzt.
- Es soll fair zugehen, wenn gehandelt wird. Das ist ein Grundsatz, der sich an globale Warenströme ebenso anlegen lässt wie an den regionalwirtschaftlichen Austausch von Produkten und Dienstleistungen.

Diese Grundsätze verlangen informierte Entscheidungen und fragen nach Orientierung. Heute nimmt der Bedarf an Orientierungswissen zu. Die Informationsflut und die Beliebigkeit gesellschaftlichen Diskurses, aber die mangelnde Glaubwürdigkeit so mancher Goodwill-Aktion in der Politik und in der Wirtschaft lassen viele Menschen nach Orientierung fragen. Wem kann man (noch) glauben? Wessen Informationen sind glaubwürdig?

Völlige Sicherheit des Wissens kann nicht zur Voraussetzung für Entscheidungen gemacht werden. Dies würde die Politik und Zivilgesellschaft in eine unangemessene Warteposition gegenüber der Wissenschaft zwingen. Um den Bestand zu erhalten, muss man ihn kennen und umfangreich in die Erforschung des Erde-Umwelt-Systems investieren. Wissenschaftliches Wissen vertieft Kenntnisse und verbessert informierte Entscheidungen; es darf solche Entscheidungen allerdings nicht blockieren. Umsichtige und „gute“ Entscheidungen sind vor allem dann nötig, wenn das Wissen unsicher ist. Eine wissenschaftliche Fundierung schadet keiner politischen Entscheidung, solange letztere offen ist und neue Einsichten verarbeiten und berücksichtigen kann. Das Primat des Politischen gilt besonders dann, wenn die Wissensbasis unsicher ist und das Risiko des Nichthandelns gleichzeitig hoch.

Nachhaltigkeit verbürgen

Nachhaltigkeit braucht einen starken Bürgen. Er soll Orientierung geben und gewährleisten, dass nachhaltig ist, wo Nachhaltigkeit draufsteht. Die Vielfalt der Ansätze, die Vielfalt der Akteure, die Unterschiedlichkeit der Prozesse sind eine Stärke der Nachhaltigkeitspolitik. Komplexität spiegelt Lebensnähe. Der Vorschlag spricht in voller Absicht von der Idee des Bürgen und der Bürgschaft, nicht zum Beispiel von Haftung und Haftpflichtrecht. Natürlich ist keine Gesellschaft ohne Haftungsrecht denkbar. Nachhaltigkeit geht nur mit einem funktionierenden Rechtsstaat und klassischen Ordnungs-Instrumenten, aber ebenso unabdingbar ist eine nachhaltige Wirtschaft und eine aktive Zivilgesellschaft. Dies alles gehört notwendigerweise dazu, wenn Nachhaltigkeit zu einer kulturellen Konvention werden soll. Von allen Ansatzpunkten liegt der stärkste Hebel jedoch bei dem zivilgesellschaftlichen Engagement. Hier setzt die Idee der Bürgschaft an.

Der Bürge gibt Orientierung in einer sich ständig weiter individualisierenden Welt. Bürgschaft ist ein freiwilliger Akt und ein positiver Schritt; Haftung ist in der Regel eine Pflicht, die durch ein Misstrauen begründet wird. Wege in eine nachhaltige Weise des Wirtschaftens und Konsumierens sind nur denkbar, wenn alle oder möglichst viele Menschen mitmachen. Allerdings darf man sich nicht an die Langsamsten und Letzten binden und den Fortschritt der Vielen nicht zur Geisel der Wenigen machen.

Der Gedanke ist neu. Bürgschaften und die Rolle eines zivilgesellschaftlichen Bürgen sind im Kern ethische Kategorien. Die Instanz des Bürgen und der Bürgschaft ist zu einem geringen, aber nicht unmaßgeblichen Teil Gegenstand bürgerlichen Rechts und finanzwirtschaftlicher Verfahren. In dem hier gemeinten umfassenden Sinn ist die Bürgschaft eine Kategorie der Zivilgesellschaft. Jedenfalls – so wird hier vorgeschlagen – sollte sie es sein. Hierzu gibt es noch keine Praxis. Die Idee ist noch nicht ausprobiert. Das Anliegen erscheint ungewöhnlich, weil es die Schnittstelle von Zivilgesellschaft, Staat, Wirtschaft sowie den Menschen mit ihren Lebensgewohnheiten und Lebensstilen neu denkt. Aber 60 Jahre Naturschutz sollten Anlass genug sein, mit neuen Konzepten für die Bewahrung von Natur und die nachhaltige Nutzung der Umwelt zu starten. Der Blick auf das Jahr 2050 erfordert von uns, die große Transformation / das *Grand Design 2050* mit robusten und aussichtsreichen Konzepten anzugehen.

Zwei beispielhafte Ansatzpunkte:

1. Nachhaltigkeitsstrategie für Biosphärenreservate:

Biosphärenreservate könnten im regionalen Konzert der Lösungen, Wege und Ansätze für eine nachhaltige Entwicklung eine besondere Rolle spielen. Von einzelnen Aktivitäten innerhalb der Reservate abgesehen, bietet es insgesamt eine große Chance, die besondere Rolle, die die UNESCO den Biosphärenreservate als „Prototypen für eine zeitgemäße Idee von Naturschutz“ und als "Modellregionen für nachhaltige Entwicklung“ zuweist, auf nationaler Ebene unter Beweis zu stellen und in die Diskussion um Nachhaltigkeitsstrategien einzubringen.

Seit den ersten Man-and-the-Biosphere Forschungsprogrammen ging es mit Recht stets darum, neues Wissen über den Zustand der Natur, die Dynamik der natürlichen Systeme und die Mensch-Erde-Interaktion so aufzubereiten, dass das Wissen den handelnden Menschen als Hilfe für neue Ansätze nachhaltigen Wirtschaftens zur Seite steht.

Von den Anfängen bis heute sind viele Veränderungen zu beobachten: Innerhalb der Biosphärenreservate, in der Zahl der Gebiete, die für Biosphärenreservate in Frage kommen, aber vor allem in der breiten Gesellschaft und Wirtschaft. Deshalb verstehen sich die folgenden Fragen als Anregung und Empfehlung, mit den spezifischen Möglichkeiten der Biosphärenreservate an den aktuellen Stand von Nachhaltigkeitsstrategien in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft anzuknüpfen.

- Wie können Biosphärenreservate soziale und ökologische Kriterien in die Finanzierung von wirtschaftlichen und kommunalen Aktivitäten zur nachhaltigen Entwicklung eingebringen?
- Wie kann die regionale Wertschöpfung der Biosphärenreservate vor allem in Land- und Forstwirtschaft gestärkt werden?
- Wie können Biosphärenreservate zu einem Benchmark für nachhaltige Unternehmens- und Job-Strategien werden?
- Wie (und wann) kann es gelingen, ein Gebiet „klimapositiv“ zu bewirtschaften, das heißt: mehr Treibhausgase zu binden als freizusetzen?
- Kann es eine gemeinsame Nachhaltigkeitsstrategie der Biosphärenreservate geben?

- Kann es gelingen, eine *Charta für nachhaltiges Wirtschaften in Biosphärenreservaten* zu erarbeiten, die Finanzierung, Realwirtschaft und Regionalmarken zusammenbringt?
- Ist es möglich, einen Satz von Nachhaltigkeits-Indikatoren zu finden, der spezifisch für Biosphärenreservate ist? Kann die spezifische Wirtschaftsleistung von Biosphärenreservaten in einem regionalen Bio-Bruttosozialprodukt ausgedrückt werden?
- Kann man das Lernerlebnis Nachhaltigkeit – über die vielen guten Ansätze in bestehenden Häusern der Nachhaltigkeit und der Umweltbildung hinaus – erlebbar machen?

Sicherlich gäbe es noch weitere Fragestellungen, die etwa an die Kommunikation der Mensch-Natur-Verhältnisse anknüpfen oder sich an die Bildungseinrichtungen von Biosphärenreservaten richten. Zur regionalen Vermarktung von Produkten aus Biosphärenreservaten könnten sich sicherlich weitere Ansätze ergeben, etwa zu einem an Nachhaltigkeit orientierten Lebensstil oder zu Tourismus–Angeboten.

2. Orientierung für nachhaltigen Konsum:

Der nachhaltige Einkauf boomt. Immer mehr Menschen orientieren sich an der Nachhaltigkeit von Produkten und Dienstleistungen. Jedenfalls versuchen sie es und stoßen auf eine Vielzahl von Produktsiegeln und Kennzeichnungen für Holz und Holzprodukte, Kaffee, Brot, Tee, Milch, Obst, Fisch, Bekleidung, nachhaltige Geldanlagen, Hausbau, Kosmetik, Mobilitätsangebote, Hotelübernachtungen, Tourismus und andere mehr. Vieles ist nützlich, anderes verwirrend oder widersprüchlich. Das lässt die Frage nach glaubwürdiger und verbürgter Nachhaltigkeit entstehen.

Dass man Produkt kennzeichnet und dass mit Zertifikaten sichergestellt wird, dass diese Produkte sich von ihren konventionellen Alternativen im Hinblick auf ökologische und soziale Aspekte unterscheiden, ist ein relativ neuer Gedanke. Erst seit rund 15 Jahren verbreitet er sich stetig, in den letzten Jahren ist die Zahl von Nachhaltigkeits-Produkten sprunghaft gestiegen. Nachhaltigkeits-Zertifikate umfassen hochkomplexe Kriterien, von den Arbeitsbedingungen über Rohstoffgewinnung, materielle Produktionsbedingungen bis hin zur Betrachtung der Benutzung und des Wegwerfens. Das ist gut und muss vertieft und ausgebaut werden.

Produktsiegel sind letztlich so etwas wie gesellschaftliche Vereinbarungen über ethische Grundsätze, die durch die Siegel und Zertifikate zum fairen Handel, zur sozial und ökologisch tragfähigen Produktion ausgedrückt werden. Schon jetzt kommt diesen Siegeln und Zertifikaten – wie sie im „*nachhaltigen Warenkorb*“ (Rat für Nachhaltige Entwicklung) abgebildet sind – die Bedeutung von Ankern des Nachhaltigkeitsdenkens in Gesellschaft und Wirtschaft zu. Sie sind die Trittsteine einer nachhaltigen Wirtschaft.

Allerdings verwirrt die Vielzahl und Vielfalt von Siegeln, Standards und Produktlabels mittlerweile viele Konsumenten. Widersprüche sind nicht ausgeschlossen. Es gibt keinen präzisen und transparenten Satz von Standards zur Nachhaltigkeit. Was es allerdings gibt, sind viele Erfahrungen aus der Praxis, die benennen können, was wirklich funktioniert und was nicht, respektive wo weiterer Raum für Verbesserungen besteht. Die inhaltlichen Maßstäbe der Produktlabel sind sehr unterschiedlich, was sowohl die materiellen Anforderungen an Nachhaltigkeit angeht als auch was die Regeln zur Partizipation der Stakeholder angeht. Teils sind sie auch widersprüchlich und der soziale und ökologische Kern der Anforderungen wird zuweilen nicht deutlich. Hier besteht ein erstaunlicher Interpretationsspielraum, der bisher nicht hinreichend ausgefüllt ist. Regionalwirtschaftliche Produktion und Konsum benötigen sogar noch mehr Input und Bürgschaftskonzepte, um zu nachhaltigen Lösungen zu kommen.

Der Weg hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft wird mehr als diese Trittsteine brauchen. Wichtige weitere Elemente sind das Nachhaltigkeitsmanagement innerhalb der Unternehmen, seine Messbarkeit an den Märkten, die staatliche Beschaffungspolitik sowie die Rahmen und Grenzen, die sich aus Nachhaltigkeitsstrategien ergeben.

Dies alles braucht Ziel und Maß für den ökologischen Code der Nachhaltigkeit. Es braucht eine neue gesellschaftliche Praxis, um die guten Ansätze und die Erfolge des Naturschutzes zu verbinden mit Nachhaltigkeitsstrategien und den Regeln zum Management einer nachhaltigen Nutzung der Umwelt.

WACHSTUM

Zwölf Thesen zum Epochenwechsel der europäischen Moderne

„Jenen mächtigen Kosmos der modernen, an die technischen und ökonomischen Voraussetzungen mechanisch-maschineller Produktion gebundenen Wirtschaftsordnung zu erbauen, der heute den Lebensstil aller einzelner, die in dieser Triebwerk hineingeboren werden – nicht nur der direkt ökonomisch Erwerbstätigen -, mit überwältigendem Zwang bestimmt und vielleicht bestimmen wird, bis der letzte Zentner fossilen Brennstoffs verglüht ist.“

Max Weber 1904

1. Die Orientierung auf Wachstum ist eine jahrhundertealte kulturelle Erbschaft der europäischen Moderne. Das war die Idee des Fortschritts. Vor allem zwischen 1950 und 1975 gelang es, mehr Wachstum mit dem Ausbau des Sozialstaates zu verbinden. Heute stößt die Menschheit jedoch an ökologische, soziale und ökonomische Grenzen des Wachstums, die respektiert werden müssen. Der bisherige Weg geht zu Ende.

2. Seit den siebziger Jahren werden die Grenzen des Wachstums verdrängt: 1972 der Bericht des Club of Rome, 1975 die sozialen Grenzen und Ende der siebziger Jahre die sinkenden Wachstumsraten in den Industriestaaten. Statt zu einem sozialökologischen Umbau zu kommen, wurden die Weichen für den Finanzkapitalismus gestellt. Dadurch wurde viel Zeit verloren.

3. Ganz gleich, ob wir es wahr haben wollen oder nicht: Ökologisch sind die Grenzen des herkömmlichen Wachstums erreicht, ökonomisch ist es immer weniger machbar und damit geraten auch die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik an Grenzen, solange sie von hohen Wachstumsraten abhängig bleiben. In der bisherigen Form ist Wachstum ein Substanzverzehr zu Lasten der Zukunft.

4. Die Wachstumsdebatte verlässt heute die wissenschaftlichen Zirkel und rückt ins Zentrum von Politik und Gesellschaft. Als Alternative zeichnet sich ab: Entweder kommt es zu erbitterten Verteilungskämpfen, einschließlich der Gefahr von Ressourcenkämpfen, oder zu einer nachhaltigen Entwicklung.

5. Unsere Zeit braucht ein gezieltes Wachsen und ein gezieltes Herunterfahren. Die Nachhaltigkeit muss wachsen, während natur- und sozialschädliche Formen von Produktion, Dienstleistungen und Konsum schnell schrumpfen müssen. Unser Land braucht einen Nationalen Wohlfahrtsindex, der Klarheit schafft.

6. Die drei ökologischen Ziele des Umbaus heißen Effizienz, Konsistenz und Suffizienz. Bei der Effizienz geht es um eine absolute Senkung des Energie- und Rohstoffverbrauchs, bei der Konsistenz um den Umbau in eine Solar- und Kreislaufwirtschaft, bei der Suffizienz um Genügsamkeit und immaterielle Lebensqualität. Nur so können der ökologische Fußabdruck und der ökologische Rucksack, die viel zu hoch liegen, verringert werden.

7. Die Alternative zum Wachstumszwang heißt Nachhaltigkeit. Nur sie ist in der Lage, den Anforderungen einer „überbevölkerten, ungleichen, verschmutzten und störanfälligen Welt“ (Brundtland-Bericht) gerecht zu werden. Ihr Ausgangspunkt ist eine andere zeitliche Verantwortung in den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen. Nachhaltigkeit eröffnet die Perspektive eines neuen Fortschritts, weil sie die Ökonomie wieder in die Gesellschaft einbettet und „Fernstenliebe“ (Hans Jonas) möglich macht.

8. Entscheidend ist es, die heutige Form der Kapitalakkumulation, die vom Primat der Kapitalinteressen über die Gesellschaft ausgeht, zu beenden. Wir brauchen eine Beendigung der Externalisierung der Kosten, eine strikte Sozial- und Naturbindung des Eigentums, eine Verlagerung der Steuerlast auf den Ressourcenverbrauch und Konsum, einen nachhaltigen Wettbewerb und einen Grenzsteuerwertausgleich, der Sozial- und Umweltdumping verhindert.

9. Der erste Schritt des Umbaus ist eine lange ökologische Welle. Der Umbau in eine „Green Economy“ saniert die Umwelt, stoppt den überhöhte Gewinne aus der Naturzerstörung zurück. Dieses Umbauprogramm Substanzverzehr und führt setzt mehr Gerechtigkeit in der Verteilung der Kosten, Lasten und Pflichten voraus.

10. Nachhaltigkeit ist neuer Fortschritt. Es geht nicht um einen grünen Anstrich des Bisherigen, sondern um den sozialökologischen Umbau. Nur so geraten wir nicht noch tiefer in die nuklear-fossile Sackgasse.

11. Die Debatte über die Grenzen des Wachstums muss ohne Scheuklappen geführt werden. Sie braucht einen offenen, lernfähigen und umfassenden Diskurs über die Zukunft. Von daher geht es um mehr Demokratie, Mitbestimmung und Teilhabe.

12. Wir schlagen zwölf Punkte für den Umbau vor. Das Programm orientiert sich an der Leitidee der Nachhaltigkeit. Das ist die Alternative zu dem Irrsinn des „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“ der Bundesregierung.

Vorbemerkung:

Die Zeit ist reif. In unserer Gesellschaft muss eine umfassende Debatte über die Grenzen des Wachstums geführt und die Idee der Nachhaltigkeit aus der Beliebigkeit herausgeholt werden. Wir erleben nämlich einen tief greifenden Umbruch, den wir entweder demokratisch und sozial gestalten oder der uns mit seinen ökonomischen Verwertungszwängen überrollt und zum Niedergang wird.

Der Deutsche Naturschutzring (DNR), der Dachverband deutscher Umwelt- und Naturschutzverbände, hat auf der Jahreshauptversammlung 2009 beschlossen, eine Leitbilddebatte über drei zentrale Themen zu führen:

- Was sieht ein zeitgemäßes Naturverständnis aus? Die Leitung hat Hardy Vogtmann.
- Was heißt Nachhaltigkeit? Verantwortlich ist Hubert Weinzierl.
- Was bedeuten die Grenzen des Wachstums? Koordiniert wird das von Michael Müller.

Wir erleben einen Epochenwechsel. In den letzten Jahren sind die ökologischen Fragen ins Zentrum der öffentlichen Debatte gerückt. Es fehlt aber an einer gesellschaftspolitischen Einordnung. Grundlegende Reformen sind notwendig, ohne die großen sozialen und demokratischen Errungenschaften der europäischen Moderne aufzugeben.

Mit diesem Thesenpapier wollen wir einen Beitrag zum Selbstverständnis und zu den Perspektiven der ökologischen Bewegung leisten. Auch um zu zeigen, dass die Umwelt- und Naturschutzverbände ein wichtiger Reformmotor für eine nachhaltige Gesellschaft sind.

1. *Aufstieg und Krise der europäischen Moderne*

Am Beginn der europäischen Moderne standen die Ideen der Aufklärung. Die zentrale Botschaft war „Wissen ist Macht“ (Francis Bacon), um die Wahrheit zu finden und die Natur zum Vorteil des Menschen zu nutzen. Seitdem wurden die Entwicklung der Gesellschaften und die Denkweise der Menschen von technischer Rationalität und instrumenteller Vernunft geprägt. Demokratische Staatsformen, individuelle Rechte und eine breite Eigentumsordnung sollten erreichen, dass alle Menschen „gleich und unabhängig sind, keiner dem anderen in Bezug auf sein Leben, seine Gesundheit, seine Freiheit und sein Eigentum schaden darf“ (John Locke).

Gestützt auf die gewaltigen Kräfte der Industrialisierung und vorangetrieben durch die rastlose Kapitalverwertung entstand daraus im 19. Jahrhundert die Orientierung auf ein möglichst hohes wirtschaftliches Wachstum. Die Gleichsetzung von Fortschritt und Wachstum wurde zur kulturellen Erbschaft und die Steigerungsprogrammatik zur Funktionslogik der modernen Gesellschaft. Wachstum wurde zur Heilsbotschaft der Moderne: Lösung der alltäglichen Probleme und Versprechen einer besseren Zukunft.

Wachstum jenseits der natürlichen Grenzen wurde zum großen Triebwerk der Moderne. Besonders zwischen 1950 und 1975 gelang es, die wirtschaftliche Dynamik mit dem Ausbau des Sozialstaates zu verbinden. Wachstum breitete sich flächendeckend aus und erfasste alle Bereiche. Die Einkommen stiegen, es herrschte Vollbeschäftigung, die soziale Sicherheit wurde eng geknüpft. Die Gesellschaft wurde wie ein Fahrstuhl nach oben gehoben.

Die Idee blieb jedoch janusköpfig. Durch die Herausbildung des Rechtsstaates wurden mehr Demokratie und Fortschritt möglich. Wenn jedoch die „Vergottung der industriellen Tätigkeit keine Grenzen kennt“ (Max Horkheimer), kam es zum Krieg mit der Natur, zur imperialen Einverleibung von Kolonien und zur „Entbettung“ der Ökonomie (Karl Polany) mit unfasslichen Formen menschlicher Barbarei im letzten Jahrhundert.

Besonders „effizient“ waren die kapitalistischen Marktwirtschaften. Das bedeutet aber nicht, dass die kommunistischen Planwirtschaften oder die verschiedenen „Dritten Wege“ weniger wachstumsorientiert waren. Nun aber zeigen Klimawandel, Peak-Oil oder die Finanz- und Wirtschaftskrise: Die Menschheit ist ökologisch, ökonomisch und sozial auf Grenzen gestoßen, von denen sie in den letzten 200 Jahren nichts wissen konnte oder nichts wissen wollte. Am Beginn des 21. Jahrhunderts leben wir in einer „überbevölkerten, verschmutzten, ungleichen und störanfälligen Welt“ (Brundtland-Bericht). Der bisherige Weg zu Fortschritt geht zu Ende. Ein tief greifender Epochenwechsel hat begonnen.

2. *Die Alarmsignale wurden verdrängt*

Die Wende begann in den siebziger Jahren, als die Wachstumsraten in den Industriestaaten deutlich zurückgingen. 1972 beschrieb Dennis Meadows und sein Forscherteam für den Club of Rome die Grenzen von Bevölkerungswachstum, Rohstoffverbrauch und Naturnutzung. Weil damals auch die Wachstumsmöglichkeiten der Industriestaaten zurückgingen, wurde der Bericht verdrängt, zumal es 1973 zum Zusammenbruch der Weltwirtschaftsordnung von Bretton Woods kam. Angesichts der krisenhaften Erschütterungen sah Bundeskanzler Helmut Schmidt im Umweltschutz eine Belastung der Wirtschaft. Er setzte sich gegen Erhard Eppler durch, der eine sozialökologische Wende wollte. Ignoriert wurden auch die sozialen Grenzen des Wachstums, die Fred Hirsch 1975 beschrieb.

Stattdessen begann eine Entmoralisierung der Wirtschaftsordnung. Hauptakteure waren Margret Thatcher in Großbritannien und Ronald Reagan in den USA, deren Volkswirtschaften in der Deflation steckten. Mit dem Ziel, zu den Wachstumsraten der sechziger Jahren zurückzukehren, befreiten sie die Finanzinstitutionen von den Bindungen, die in der Nachkriegszeit ihre

Marktmacht halbwegs in Grenzen gehalten hatten. Der Neoliberalismus stellte die Weichen für den Finanzkapitalismus. Der Wohlfahrtsstaat wurde demontiert, der Casinokapitalismus begann, weil die Wachstumsmöglichkeiten der Industriestaaten falsch eingeschätzt wurden.

Immer mehr Länder folgten dem neuen Regime des globalen Kapitalismus, der Diktatur der kurzen Frist, die fast im Sekundentakt von den Börsen vorgegeben wird. Zugleich wurde die Welt mit billigem Geld überschüttet. Es kam zu einer immer weitergehenden Verbriefung finanzieller Risiken, um den Konsum hemmungslos zu fördern. Mit der Deregulierung der Märkte übernahm die Geldwirtschaft das Kommando und löste die wirtschaftlichen Prozesse von der Realwirtschaft ab.

Der Neoliberalismus überzog die Welt mit dem verhängnisvollen Experiment des Finanzkapitalismus. Bis heute wurde daraus wenig gelernt. Auch nach der Finanzkrise von 2008 ist die Fixierung auf Wachstum ungebrochen. Der Irrsinn heißt heute „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“. Es war die zentrale Antwort der Bundesregierung auf die Finanzkrise.

3. Die Grenzen des Wachstums

Ganz gleich, ob wir es wahr haben wollen oder nicht, ökologisch sind die Grenzen des herkömmlichen Wachstums erreicht. Ökonomisch ist Wachstum immer weniger machbar. Damit geraten auch der Arbeitsmarkt und die soziale Sicherheit in Schwierigkeiten, solange sie von hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten abhängig bleiben.

Ökologisch: Nach dem Living Planet Index ging allein in den letzten 35 Jahren rund ein Drittel des biologischen Reichtums der Flüsse, Meere und Wälder verloren. Seit 1986 liegen nach Berechnungen der UNEP die Schadstoffeinträge deutlich über der Regenerationsfähigkeit der Natur. Trotz des Kyoto-Protokolls sind die klimaschädlichen Treibhausgase im letzten Jahrzehnt um ein Drittel gestiegen. Ihr Zuwachs in der Atmosphäre erfolgt derzeit mit 2,1 ppm pro Jahr in einem so hohen Tempo, dass in rund 30 Jahren ein Wert von 450 ppm erreicht wird, der zu einer globalen Erwärmung um zwei Grad Celsius führen wird. Arme Erdregionen würden den Wachstumsinteressen der Industrie- und Schwellenländer geopfert.

Peak-Oil, der Höhepunkt der Ölförderung zumindest an Land, ist seit Mitte des letzten Jahrzehnts erreicht. Deshalb nimmt die unverantwortliche Ölgewinnung in Naturschutzgebieten oder aus Teersanden zu, vor allem riskante Tiefseebohrungen. Das Desaster von Deepwater Horizon im Golf von Mexiko geschah in 1,4 Kilometer Tiefe. Neue Bohrungen gehen jedoch mehr als 7 Kilometer tief, wobei das Risiko mit der Tiefe exponentiell steigt.

Wichtige Mineralien und seltene Erden gehen zur Neige, zumal ihre Nutzung und ihre Kosten - durch die Abhängigkeit vieler Entwicklungsländer von korrupten Machteliten und neokolonialen Interessen großer Konzerne oder Staaten – nicht den realen Knappheiten und Kosten ihrer Bereitstellung entsprechen. China mit seinen Reserven von über 90 Prozent am Weltmarkt beginnt das Wachstum anderer Staaten über ihre Rohstoffpolitik zu steuern. Besonders dramatisch spitzt sich die Entwicklung bei Nahrungsmitteln zu, wo es im Norden der Erde einen großen Überfluss gibt, aber im Süden Armut und Unterernährung zunehmen.

Bei fossiler Energie, Rohstoffen und Nahrungsmitteln droht zuerst das von Eric Hobsbawm befürchtete „Jahrhundert der Verteilungskämpfe“. Wenige große Unternehmen dominieren die Märkte, Fonds nutzen die Knappheit für Spekulationen. Die Gefahr von Ressourcenkriegen nimmt zu. Seit Anfang der neunziger Jahre gehört

der Zugang zu Energie- und Rohstoffquellen zur Doktrin der NATO. 2006 wurde dieses Ziel im Weißbuch des deutschen Verteidigungsministeriums festgeschrieben.

Ökonomisch: Auch wirtschaftliche Wachstumsgrenzen werden in den Industriestaaten deutlich. Die Raten gehen von Jahrzehnt zu Jahrzehnt zurück. Während sie in Westdeutschland in den sechziger Jahren im Schnitt noch bei 4,8 Prozent lagen, waren es in den siebziger Jahren 3,1 Prozent, in den achtziger und neunziger Jahren rund 2 Prozent. Zwischen 2000 und 2008 erreichte das Wachstum nur noch 0,8 Prozent. Dagegen stieg in den letzten zwei Jahrzehnten der Anteil der Gewinne aus Finanztransfers am Bruttoinlandsprodukt auf das Fünffache, Finanztransaktionen nahmen sogar um das 50-fache zu. Die Geldwirtschaft verselbständigte sich, die Ungleichgewichte wurden größer, die Unterschiede zwischen Arm und Reich vertieften sich.

Sozial: Sicherheit und Beschäftigung, die auf höhere Wachstumsraten ausgerichtet sind, stehen unter Druck. Weil die Steigerung der Arbeitsproduktivität deutlich über dem wirtschaftlichen Wachstum liegt, wird seit Jahren Arbeit durch Technik ersetzt, ohne neue, sich selbst tragende Beschäftigung zu schaffen. Um die Arbeitslosigkeit zu mindern, wurde in zunehmendem Umfang ein Niedriglohnsektor geschaffen, so dass die Spaltung zwischen Arm und Reich tiefer wird. Um auf den Handlungsdruck zu reagieren oder durch die falschen Rezepte wie Steuersenkungen das Wachstum anzukurbeln, stieg die Staatsverschuldung in den letzten drei Jahrzehnten dramatisch an. Sie liegt heute in den OECD-Staaten bei 85 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

4. Die neue Tagesordnung

Während der Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit darauf ausgerichtet war, die ökonomische Dynamik mit dem Ausbau sozialer Rechte und größerer Chancengleichheit zu verbinden, verursacht die entfesselte Globalisierung, die eng mit dem Verbrauch fossiler Brennstoffe verbunden ist, den dramatischen Klimawandel, die sich zuspitzende Naturzerstörung und zunehmende Knappheit der natürlichen Ressourcen, die soziale Ungleichheit, hohe Staatsverschuldung und krisenhafte Wirtschaft.

Das zentrale Problem, das in die Krise geführt hat und in die nächste Krise führen wird, ist der immer schnellere Substanzverzehr, verursacht durch hemmungsloses Wachstum und Finanzgier. Mit der massiven Ausweitung der Geldmenge wurde der Neoliberalismus zum Treiber des Wachstumsfetischs. Für kurzfristige Gewinninteressen kam es zur Ausplünderung der Zukunft und zur Übernutzung der Gemeingüter. Würden dagegen die Folgekosten des Naturverbrauchs in die Preise einbezogen, lägen Umsätze und Gewinne um ein Drittel niedriger. Das Unbehagen an

der Entwicklung nimmt zu, die Unsicherheit über die Zukunft wächst. Deshalb müssen wichtige Kernfragen geklärt werden:

- Welche Konsequenzen müssen aus dem niedrigen und weiter absinkenden Wachstum in den Industriestaaten gezogen werden?
- Sind die Wachstumsfixierung und die darauf aufbauenden Zwänge alternativlos?
- Haben wir die Kraft, die Ideen und den Mut, die Zukunft sozialökologisch zu gestalten? Wie können sich Wirtschaft und Gesellschaft aus den Wachstumszwängen befreien?
- Wie verwirklichen wir eine Kultur, in der wir gut und solidarisch leben, ohne immer mehr haben zu müssen?
- Wie wird eine faire Weltinnenpolitik möglich?
- Wie kann die Demokratie gestärkt werden, damit es nicht zu autoritären und Demokratie gefährdenden Reaktionen kommt?

Neu sind die Themen nicht, doch nach fast 40 Jahren verlassen sie die wissenschaftlichen Zirkel und rücken ins Zentrum von Politik und Gesellschaft. Die Globalisierung, die Konzentration wirtschaftlicher Macht und die nachholende Industrialisierung der großen Schwellenländer spitzen die Grenzen des Wachstums ganz schnell zu. In der Konsequenz kommt es entweder zu erbitterten Verteilungskämpfen, einschließlich der Gefahr von Rohstoffkriegen, oder es kommt zu einer nachhaltigen Entwicklung.

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen wird zum ethischen Imperativ. Auch die zunehmende Knappheit bei Nahrungsmitteln, Brenn- und Rohstoffen darf nicht länger verdrängt werden. Nur wenn die bisherige Form der Akkumulation von Kapital beendet wird, die auf der Dominanz kurzfristiger Interessen und starker Kapitalgruppen aufbaut und Natur, Arbeit und soziale Sicherheit auszehrt, wird es Nachhaltigkeit geben. Der Umgang mit diesen Herausforderungen entscheidet, ob es eine friedliche oder eine gewaltsame Zukunft geben wird, ob Krisen und Kriege zunehmen oder ob es zu einer sozialökologischen Weltinnenpolitik kommt.

5. *Eine Herausforderung an Kultur und Gesellschaft*

Die Transformation der Industriegesellschaft, der sozialökologische Umbau in eine nachhaltige Entwicklung, ist eine Reformaufgabe, die weit über einige Teilkorrekturen hinausgeht. Notwendig sind die Pflicht zur Reinvestition in Gemeingüter, die Stärkung des öffentlichen Sektors, das Ende der Privilegierung von Kapitalgesellschaften, die steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit durch eine ökologische Finanzreform und die ökologische

Modernisierung der Wirtschaft. Im Zentrum steht die Ausweitung der Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft, um neue Wege zu gehen.

Dennoch ist es nicht wirtschaftliches Wachstum an sich, das ins Verderben führt. Die Verwirklichung von Demokratie und Gerechtigkeit setzt eine wirtschaftlich-technische Dynamik voraus. Ohne sie werden keine Reformen möglich, denn sie ist die Grundlage der Gestaltbarkeit. Alain Touraine nennt das „Selbstproduktion von Gesellschaft". Doch die wirtschaftliche Entwicklung muss innerhalb der natürlichen Tragfähigkeit bleiben. Der Umbau erkennt die Endlichkeit der natürlichen Lebensgrundlagen an, misst die Gesamtentwicklung an qualitativen Fortschritten in der Lebens- und Wirtschaftsqualität und verwirklicht mehr Demokratie. Und der Umbau wird nur möglich, wenn es zu mehr sozialer Gerechtigkeit kommt.

Das bedeutet: Unsere Zeit braucht ein gezieltes Wachsen und ein gezieltes Herunterfahren. Eine sozialökologische Entwicklung wird möglich, wenn nachhaltige Formen von Produktion, Dienstleistungen und Konsum umfangreich durchgesetzt werden, wogegen die schädlichen Formen des Wachstums schnell vom Markt verschwinden müssen. Dafür darf das rein umsatzorientierte Bruttoinlandsprodukt nicht länger der zentrale Maßstab für Erfolg sein. Wir brauchen einen Nationalen Wohlfahrtsindex, der die Begleitkosten der wirtschaftlichen Entwicklung deutlich macht und unterschätzte gesellschaftliche Arbeiten in die Berechnung einbezieht. Das zukünftige Wirtschaften muss sich an den realen Wohlfahrtssteigerungen messen.

6. *Effizienz, Konsistenz und Suffizienz*

Effizienz, Konsistenz und Suffizienz sind drei zentrale Ziele des Umbaus. Durch eine *Effizienzrevolution* sinkt der Verbrauch an Rohstoffen absolut. Das geht, wie die Konzepte Faktor 5 oder Faktor 10 beschrieben, weit über die Entkoppelung der Energie- und Rohstoffnutzung vom wirtschaftlichen Wachstum hinaus. Bei der Energiebereitstellung ist unser Ziel eine 2.000-Watt Gesellschaft auf der alleinigen Basis von erneuerbaren Energien bis Mitte des Jahrhunderts. Effizienz und *Konsistenz* werden für die Zukunftsfähigkeit der Welt jedoch nicht reichen, wenn es nicht zu mehr Genügsamkeit, Zufriedenheit und immaterieller Lebensqualität kommt.

Die Menschheit muss die Grenzen des Wachstums anerkennen und darf ihr Glück nicht länger im Schneller, Höher und Weiter suchen.

Der heutige Konsum in den Industriegesellschaften muss deutlich gesenkt werden. Die Industriestaaten müssen dabei voran gehen, nicht nur weil sie die Hauptverursacher der hohen Altlasten sind, sondern auch weil die Schwellen- und Entwicklungsländer in vielen Bereichen noch weit von menschenwürdigen Lebensbedingungen entfernt sind. Das ist nur möglich, wenn es zu mehr Verteilungsgerechtigkeit auch im Bestehenden kommt.

Der ökologische Fußabdruck der Menschen und der ökologische Rucksack der Produkte sind in den Industriestaaten viel zu groß, um ohne tiefgreifende Korrekturen des Wirtschafts- und Lebensstils eine friedliche Zukunft zu ermöglichen. Der ökologische Fußabdruck unseres Landes bräuchte, um mit der Regenerationsfähigkeit in Einklang zu kommen, eine Fläche von 4,4 Millionen Quadratkilometer, Deutschland hat aber „nur“ 357.000 Quadratkilometer. Der Verbrauch an Rohstoffen beträgt in Nordamerika 35 Tonnen pro Kopf und pro Jahr, während er in den Entwicklungsländern 3 Tonnen erreicht.

Selbst das Schwellenland China erreicht bereits Treibhausgasemissionen, die doppelt so hoch sind wie die, die mit dem Klima verträglich wären, obwohl sie pro Kopf nur bei einem Fünftel des amerikanischen Wertes liegen. Und selbst wenn hocheffiziente Automotoren einen energetischen Wirkungsgrad von 100 Prozent erreichten, wären die Zahl der Autos und ihr Material- und Flächenverbrauch viel zu hoch, um der Tragfähigkeit der Erde gerecht zu werden.

Ohne Suffizienz wird es nicht gehen. Deshalb bekräftigen wir die zentralen Ziele der europäischen Moderne. Emanzipation und Freiheit, Gleichheit und Wohlfahrt sind wichtige Voraussetzungen, um die Herausforderungen aus den Grenzen des Wachstums zu bewältigen, andernfalls werden sich viele Menschen dem Umbau verweigern und umso mehr ans Bestehende klammern.

7. Die Alternative heißt Nachhaltigkeit

Die Alternative zum Wachstumszwang, der die Gesellschaften nicht auf Gedeih, wohl aber auf Verderb in Geiselhaft nimmt, ist die nachhaltige Entwicklung, die im Brundtland-Bericht vorgeschlagen wurde. Der erste Schritt ist eine grüne Revolution in Wirtschaft und Technik. Dadurch werden die natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft geschützt und wirtschaftliche Innovationskraft mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verträglichkeit verbunden.

Nachhaltigkeit stärkt den Zusammenhalt der Gesellschaft und gibt ihrer Entwicklung eine Perspektive. Sie fordert die Verantwortung der Menschen für das Gemeinwohl heraus, weil sie viel stärker in die Entscheidungen einbezogen werden. Nachhaltigkeit ist eng mit der Ausweitung von Demokratie und Partizipation verbunden. Nicht zuletzt wird das Engagement der Bürgerinnen und Bürger gefördert, weil die Leitidee der Nachhaltigkeit mit mehr Regionalisierung und Dezentralität, mit mehr Kreativität und Pluralität verbunden sind.

Der wichtigste Ausgangspunkt für eine nachhaltige Entwicklung ist ein verändertes Verständnis von zeitlicher Verantwortung für die Entscheidungen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Die Bedürfnisse der Menschen müssen so befriedigt werden, dass auch künftige Generationen das in einer angemessenen Weise tun können. Nachhaltigkeit ist ein Bruch mit dem Regime der kurzen Frist. Sie erfordert „Fernstenliebe“ (Hans Jonas). Dadurch werden wirtschaftliche Entscheidungen in die Verantwortung für den Fortgang der Gesellschaft eingebettet. Der Zwilling dazu ist untrennbar die Verantwortung für alle Lebenden und nicht nur für den wohlhabenden Teil der Menschheit.

8. Von der Externalisierung zur neuen Einbettung der Wirtschaft

Eine konsequente Nachhaltigkeitspolitik muss nicht nur mit der Klimakrise, der Finanzkrise und der sich anbahnenden Rohstoffkrise fertig werden, sondern auch die Beschäftigungs- und Verteilungskrise überwinden. Alle diese Krisen sind eng mit dem Wachstumsregime verbunden, mit dem Zwang zur permanenten Expansion, der von der Kapitalakkumulation ausgeht.

Die Grenzen des Wachstums stellen die Systemfrage. Die Orientierung an einer nachhaltigen Entwicklung beendet den Primat des Kapitals über die Gesellschaft.

Nachhaltigkeit ist nicht beliebig, sondern erfordert eindeutige Regeln. Das Kapital wird in die Sozialbindung des Eigentums eingebunden. Private Kosten (Externalisierung) werden nicht länger auf die Gemeingüter wie Böden, Biodiversität, Klima abgewälzt, mit der bisher Preise gesenkt und Gewinne erhöht wurden.

Wie Arbeit und Natur wird auch das Kapital dem Prinzip des Werdens und Vergehens unterworfen, indem die Vorrechte der Kapitalgesellschaften, die dem Kapital viel Macht, aber durch geringe Haftung wenig Verantwortung geben, beendet werden - und damit Privilegien und Durchsetzungsvorteile, die mit der Nachhaltigkeit nicht vereinbar sind. Der „Washington Konsens“, mit dem weltweit eine neoliberale Wirtschaftspolitik durchgesetzt wurde, wird gekündigt. Die Finanzsysteme und das

Weltwährungssystem werden so reguliert, dass sie mit den realen Wirtschaftsprozessen in Einklang kommen und eine sozialökologische Marktwirtschaft möglich wird.

Die Steuerlast wird schrittweise von den Lohn- und Einkommensteuern auf progressive Ressourcen- und Konsumsteuern verlagert, also von dem, was die Menschen zur Wertschöpfung beitragen, auf das, was die Natur verbraucht und belastet. Dadurch wird nicht mehr die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit – letztlich die Arbeit – progressiv besteuert, sondern die Inanspruchnahme von Gütern – letztlich die natürlichen Lebensgrundlagen.

Wir fordern ein Gesetz für einen nachhaltigen Wettbewerb, verankert im Bürgerlichen Gesetzbuch und im Umweltgesetzbuch, mit dem ein nachhaltiger Wettbewerb eingeklagt werden kann. Dann schützt das Wettbewerbsrecht nicht mehr diejenigen, die Vorteile durch die Zerstörung der natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen erzielen. Im Übergang zu einer nachhaltigen Ordnung können die Staaten einen Grenzsteuerwertausgleich einführen, der sie vor Sozial- und Umweltdumping schützt und für den sozialökologischen Umbau nationale Pionierrollen möglich macht.

9. Eine lange ökologische Welle, um Zeit zu gewinnen

Gute Politik hat ihre Quelle in der Zukunft. Entscheidend für die Mehrheitsfähigkeit des Umbaus ist es, das Ziel klar zu benennen und den Umbau transparent und sozial zu organisieren. Der Einstieg in diese große Transformationsaufgabe muss heute beginnen. Dafür müssen wir begreifen, was unter der Oberfläche vor sich geht, was die Aufgaben und die Infrastruktur von morgen sind. Unser Ziel ist eine nachhaltige Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland und Europa als Vorbild und Motor für eine nachhaltige Welt.

Die weitere wirtschaftliche Entwicklung wird von der Knappheit der natürlichen Ressourcen und der übermäßigen Nutzung der Natur geprägt. Dagegen stellen wir die Effizienzrevolution bei der Nutzung von Ressourcen und den ökologischen Umbau. Dieser ökologische New Deal wird einen breiten Aufschwung für neue Märkte und Beschäftigung auslösen. Bereits heute werden in Deutschland acht Prozent der wirtschaftlichen Wertschöpfung in diesem Sektor erzeugt, über 1,8 Millionen Beschäftigte finden hier eine meist qualitativ hochwertige Arbeit. Und das Potenzial für ein weltweites Programm zur Sanierung der Natur ist gewaltig.

Die Reformschwerpunkte – Ausweitung der Demokratie, Reinvestition in die Gemeingüter, Beendigung der Kapitalprivilegien, Umbau des Steuersystems und ein

sozialökologisches Umbau- und Sanierungsprogramm – stärken die „humane Arbeit“ (Bildung, Beratung, Handwerk und Dienstleistungen sowie Pflege und Vorsorge). Durch die Steigerung der Ressourcenproduktivität schaffen sie mehr Beschäftigung, weil nicht Menschen, sondern Kilowattstunden, Abfall und Emissionen „arbeitslos“ werden. Sie steigern die Arbeitsintensität und erschließen gezielt wichtige Zukunftsmärkte. Der Wegfall der „Scheingewinne“, die durch die Zerstörung der Natur erzielt werden, kommt durch Investitionen in die sozialökologische Modernisierung und den Schutz der Gemeingüter hinzu. Die ökologischen Folgekosten für die nachfolgenden Generationen vermindern.

Durch mehr Kostengerechtigkeit und einer entsprechenden Steuerprogression wird auch der Abstand zwischen oberen und unteren verfügbaren Einkommen geringer werden. Durch die Verlagerung der Faktorbesteuerung auf die stoffliche Seite des Wirtschaftens entsteht zudem ein größerer Spielraum für eine flexible Verkürzung der Erwerbsarbeit und für die Qualifizierung von Arbeit, weil der einseitige Druck auf die Arbeitskosten zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit reduziert wird, bzw. durch die Steigerung der Ressourcenproduktivität neue Vorteile geschaffen werden. Das schafft uns die Zeit, die wir für einen weitergehenden Umbau brauchen.

10. *Nachhaltigkeit ist neuer Fortschritt*

Alle Einwände gegen eine Wirtschaft, die sich an den Grenzen der sozialökologischen Tragfähigkeit ausrichtet, sind nicht haltbar: Eine nachhaltige Entwicklung hebt die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft auf eine neue Ebene und orientiert sich an mehr Lebens- und Wirtschaftsqualität. Sie benennt klare Wege und Ziel, erweitert den Gestaltungsspielraum für Innovationen.

Nachhaltigkeit entschärft die Verteilungskämpfe, die durch die Grenzen des Wachstums auf uns zukommen, weil sie mehr Gerechtigkeit durch den Zuwachs, sondern schon im Bestehenden schafft. Sie beendet den Substanzverzehr und führt überhöhte Gewinne aus der extensiven Nutzung des Natur- und Sozialkapitals zurück. Nachhaltigkeit fördert den qualitativen Umbau der Sozialsysteme und beteiligt alle Einkommensbezieher an den Kosten. Vorsorge, Humanisierung der Arbeitsverhältnisse und Wohlergehen werden wichtiger als Kurieren und Reparieren. Nicht zuletzt beendet Nachhaltigkeit die öffentliche Subventionierung der Externalisierung von Kosten und mindert somit auch die Staatsverschuldung.

Das ist das Gegenteil der heutigen Nichtnachhaltigkeit von Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke, CCS-Technik für Kohlekraftwerke, Abwrackprämien für Autos oder des alltäglichen Beschleunigungswahns, der uns immer tiefer in eine Sackgasse treibt. Das fossil-nukleare Endspiel darf nicht verlängert werden.

11. Offenheit für neue Wege

Das Ende der herkömmlichen Wachstumsökonomie ist ein tiefer Einschnitt. Die Debatte über die Grenzen des Wachstums muss ohne Scheuklappen geführt werden. Das ist der große politische Diskurs, der seit mehr als dreißig Jahren überfällig ist. Nachhaltigkeit muss dagegen lernfähig gestaltet werden und entwicklungsfähige Handlungsorientierungen anbieten.

Die weitere Entwicklung muss sich an den Erfordernissen des Strukturwandels der heutigen Übergangsgesellschaften mit ihrer globalen Vernetzung und den großen Möglichkeiten der heraufziehenden Wissensökonomie messen lassen. Sie greift die neu entstehenden Denkmodelle, Technologien, Handlungskonzepte und Arbeitsformen auf und fördert eine human und reproduktiv sich entwickelnde Wirtschaft. In diesem Sinne brauchen wir vor allem mehr Nachhaltigkeit in Bildung, Forschung und Wissenschaft.

Nachhaltigkeit erfordert Instrumente für eine aktive Verteilungspolitik, damit die Lasten gerecht verteilt werden. Wir brauchen Klarheit, was die Nachhaltigkeitsverpflichtung beim Eigentum bedeutet. Für die Umwelt- und Naturschutzverbände gehören Wasser, Wälder und andere wichtige Rohstoffe zum gemeinsamen Erbe der Menschheit, die nicht länger partiellen und kurzfristigen Gewinninteressen unterworfen werden dürfen. Der Umbau wird möglich, wenn Eigentumsrechte strikt mit langfristiger Haftung verbunden, der öffentliche Sektor gestärkt und Märkte sozialökologisch gestaltet werden.

In unserer Gesellschaft finden sich immer mehr Menschen, die dem Fetisch Wachstum und der Sachzwanglogik widersprechen. Wir wehren uns, dass die Demokratie durch Interessenverbände ausgehöhlt und eine Entpolitisierung nur noch formale Wahltermine kennt, was Colin Crouch als „Postdemokratie“ bezeichnet hat. An den Grenzen des Wachstums muss die Demokratie gestärkt und die Gesellschaft ermutigt werden, den Umbau als Chance zu verstehen.

12. *Erste Schritte für den Umbau*

Was ist zu tun? Erste Bausteine für den Umbau:

i. Künftig muss die Formel für ein nachhaltiges Wachstum eingehalten werden: die Steigerung der Energie- und Ressourcenproduktivität muss deutlich höher sein als die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts, so dass der absolute Ressourcenverbrauch stetig sinkt.

ii. Ein ökologisches Sanierungs- und Umbauprogramm durch
   a. eine Effizienzrevolution bei Energie und Rohstoffen,
   b. eine echte Kreislaufwirtschaft durch eine Wiedergewinnung verarbeiteter Rohstoffe mit einem Minimum an Verlusten und damit die Beendigung der Verschwendungswirtschaft sowie
   c. den Umstieg in die Solarwirtschaft bis Mitte des Jahrhunderts.
   d. Instrumente sind u. a. eine Ausweitung des EEG auf den Wärmebereich, ein neues Bau- und Planungsrecht zugunsten der Erneuerbaren Energien sowie ein dezentraler Netzausbau und ein wirksames Effizienzgesetz.
   e. Ziele sind eine 2.000 Wattgesellschaft auf der Basis erneuerbarer Energien bis zum Jahr 2050 und eine Neuordnung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, um zu einer umfassenden Materialwirtschaft zu kommen.

iii. Verbindliche Festlegung im Klimaschutz auf das 2-Grad-Ziel. Die Einnahmen aus dem Emissionshandel, bei dem es keine Sonderrechte und Ausnahmen mehr geben darf, werden ausschließlich zugunsten des Klimaschutzes eingesetzt. Grundsatz muss die weitgehende Vermeidung sozialer und ökologischer Schädigungen durch das Prinzip der Vorsorge sein.

iv. Ein Strukturwandel zugunsten von mehr Regionalisierung und Dezentralität, auch durch die Verlangsamung / Entschleunigung vieler ökonomischer Prozesse. Dazu gehören Vorschriften für einen nachhaltigen Wettbewerb, eine völlige Übertragung des Risikoprinzips auf wirtschaftliche Entscheidungen, das Verbot kurzfristiger Erfolgs-Boni, die Neuordnung von Rating- Agenturen, ebenso mehr Demokratie, Mitbestimmung und Teilhabe. Notwendig ist die Sozial- und Naturbindung des Kapitals in der Verfassung. Außerdem fordern die Umwelt- und Naturschutzverbände eine Sicherung und Stärkung des

öffentlichen Sektors, insbesondere der kommunalen Unternehmen, die im Gegenzug Vorreiter für Nachhaltigkeitsziele werden.

v. Der kulturelle Wandel hin zu einer Gesellschaft, in der eine lebendige Demokratie, soziale Gerechtigkeit und mehr Lebensqualität wichtiger sind als immer mehr zu haben. Ein Ausweitung der Ausgaben und Angebote für bessere Bildungschancen, zu denen unbedingt eine Bildung für Nachhaltigkeit gehört ebenso dazu wie der Umbau in eine ökologisch orientierte Wissensgesellschaft, einschließlich einer umfassenden Nachhaltigkeitsforschung und der Bestimmung von Nichtnachhaltigkeit.

vi. Die Humanisierung der Arbeit, einschließlich der gerechten Neuverteilung der Arbeitszeiten. Nachhaltigkeit eröffnet dafür durch die Verlagerung auf die Ressourcenproduktivität den Spielraum, sie eröffnet die Möglichkeit einer Qualifizierung der Arbeit, zum Beispiel durch produktionsorientierte Dienstleistungen und handwerkliche Fähigkeiten.

vii. Fortentwicklung der ökologischen Finanzreform, wozu auch eine Ausweitung der Öko-Steuer im Energiebereich und eine Erweiterung auf andere Sektoren wie Wasser, Abfall und Landnutzung gehört. Abbau umweltschädlicher Subventionen zugunsten einer Förderung von Investitionen in den Naturschutz und die Umwelttechniken. In der Nutzung von Ressourcen hocheffiziente, die Natur besonders wenig belastende Produkte und Verfahren werden in der Mehrwertsteuer günstiger gestellt.

viii. Eine Neuordnung der Steuer- und Abgabenpolitik, um die Lasten des Umbaus gerecht zu verteilen.

ix. Einführung eines Grenzsteuerwertausgleichs wie im Vorschlag des UBA, um ökologische Innovationen durchzusetzen und Sozial- und Umweltdumping zu verhindern.

x. Die Ersetzung des Bruttoinlandsprodukts durch einen Nationalen Wohlfahrtsindex.

xi. Eine durchgreifende Re-Regulierung der Finanzmärkte, einschließlich des Verbots von riskanten und spekulativen Finanztransfers, und eine

internationale Finanz- und Währungsordnung, die nachhaltig ist und Nachhaltigkeit fördert.

xii. Ein globales Ressourcenregime für Energie und Rohstoffe, die zum gemeinsamen Erbe der Menschheit gehören, einschließlich einer transparenten und demokratischen Regelung des Eigentums an den großen Naturgütern, wie bereits in der Havanna-Konvention von 1946 vorgeschlagen wurde.

Festveranstaltung

„60 Jahre Deutscher Naturschutzring-

Vom Naturschutz zur Nachhaltigkeit“

Moderation: Prof. Dr. Hartmut Vogtmann, DNR-Vizepräsident

Begrüßung und Eröffnung

Hubert Weinzierl

Präsident des Deutschen Naturschutzrings (DNR)

2010 ist ein Jahr von Jubiläen, die für die Geschichte der Naturschutzbewegung auf nationaler und internationaler Ebene bedeutsam sind, weil sie eine vielfältige gesellschaftspolitische Wirkungsgeschichte ausgelöst haben:

Vor 60 Jahren Gründung des Deutschen Naturschutzrings, vor 40 Jahren das erste Europäische Naturschutzjahr (1970), das erste Umweltministerium (in Bayern), der erste Nationalpark in Deutschland, das „Ökologische Manifest“, die „Gruppe Ökologie“, die Beschreibung der „Grenzen des Wachstums“ (Club of Rome).

Im Anschluss dieser Umbruchstimmung regten sich weltweite Aktivitäten, so 1972 die erste globale Umweltkonferenz in Stockholm, 1992 Erdgipfel von Rio, 2002 Nachhaltigkeitskonferenz in Johannesburg, zuletzt Klimagipfel in Kopenhagen 2009.

Über eine Menschengeneration lang wurden, zuerst regional, dann global die Grenzen der herkömmlichen Natur und Kultur beschworen.

Schon 1947, als unser Land noch daniederlag, aber die Lust des Wiederaufbaus keimte, rührten sich in der Naturschutzbewegung solche Stimmen:

„Nicht Kultur und Zivilisation sind die Grundlagen unseres Daseins, sondern einzig die Natur ist die Wurzel von allem und jedem, selbst in diesen Zeiten der größten Not.“

Und 1950 bei der Gründung des Deutschen Naturschutzringes hieß es:

„...Wir sind keine Pessimisten. Wenn wir es wären, stünden wir nicht beim Naturschutz...

...aber jede Entwicklung wird zum Unsinn und endet im Chaos, wenn nicht hemmende Faktoren sie mäßigen und regulieren. ...

...Wenn die Menschen sich schon als Treuhänder betrachten in der Verwaltung dieser Erde, dann müssen sie auch die Folgerung daraus ziehen, dass ein Treuhänder zum Verbrecher wird, wenn er anvertrautes Gut egoistisch vergewaltigt, um schließlich eine Wüste zu hinterlassen.“ ...

1956 schließlich stellte auf einem bundesdeutschen Naturschutzkongress in Passau Professor Dr. Otto Kraus fest:

„Es geht abwärts mit dieser Landschaft, es beginnt jetzt der unheimliche Kreislauf der Schäden, der Schwellenwert ist überschritten, wir arbeiten an der Verstärkung der Extreme...

...Naturschutz muss endlich ranggleich neben den Eingriffsverwaltungen stehen; wir können uns nicht mit Almosen abspeisen lassen, während dort die Millionen verbaut werden...“

Auf der gleichen Tagung trat der damalige Präsident des Deutschen Bundestages, Dr. Eugen Gerstenmaier mit dem Schlachtruf vor die erstaunte Öffentlichkeit: „Naturschutz muss Pflicht werden“. Aber es blieb bei plakativen Aussagen, es sind keinerlei Konsequenzen gefolgt.

30 Jahre nach der Gründung des DNR stellt Prof. Dr. Bernhard Grzimek fest:

„...Wir müssen wieder in Kreisläufen wirtschaften, also unsere Ausbeutungsmentalität total ändern und die Entwicklungshilfe in den Dienst der Ökologie stellen und damit neue Wertmaßstäbe für Wohlstand und Wachstum zur Geltung bringen. Die am meisten sündig gewordenen Industrienationen müssen dabei vorangehen. Das Aussterben des Lebens auf dieser Erde und der Tod zahlloser Mitgeschöpfe ist qualitativ höherwertiger und grundsätzlicher als die Zerstörung menschengemachter Kulturwerte, denn es wird auf dieser Erde nie mehr Mangel an Ruinen geben...“

Bei der 50-Jahrfeier schließlich beschwört der damalige Präsident des DNR Prof. Dr. Wolfgang Engelhardt die Politik:

„Die globale Klimaänderung, die Zerstörung der Wälder, besonders der tropischen Regenwälder, aber auch vieler borealer Wälder, der rasante Artentod – die allgemeine Globalisierung von Wirtschaft, Verkehr und Kommunikation erfordern dringend eine globale Umweltpolitik, die von einer nachhaltigen Entwicklung nicht nur redet, sondern sie so schnell wie irgend möglich verwirklicht.“

Leider sind die frühen Warnungen ungehört und ohne Konsequenzen für eine Zukunftspolitik geblieben, die seinerzeit noch korrigierbar gewesen wäre. Aber der Zeitgeist war ein anderer, was die Entwicklung einer gesellschaftspolitischen Gegenbewegung geradezu herausforderte und den Deutschen Naturschutzring und seine Einzelverbände stetig wachsen ließ, so dass heute über fünf Millionen Einzelmitglieder hinter dieser Idee stehen und die Demokratie mitgestalten können.

Heute kommt Politik und Gesellschaft nicht mehr an der Ökologiebewegung, zu der neben dem DNR noch eine Reihe weiterer Gruppierungen zählen, mit denen wir kollegial zusammenarbeiten, so insbesondere der WWF und Greenpeace, vorbei.

Die Einzigartigkeit des Dachverbandes DNR wird deshalb auch in der internationalen Szene gerühmt, weil es uns gelungen ist, trotz der Vielfalt der Blickwinkel unserer

Mitglieder und trotz gelegentlicher inhaltlicher Differenzen, welche wir über die Jahrzehnte hinweg immer freundschaftlich ausgetragen haben, das gemeinsame verbindende Ziel des Naturschutzes und der Nachhaltigkeit im Auge behalten haben.

Und wenngleich einige unserer Mitgliedsverbände groß genug wären, um ihre eigenständige Verkehrspolitik zu vertreten, haben sie erkannt, wie wichtig es ist, gerade die kleineren, spezialisierten Organisationen in unsere „Familie“ einzubinden, damit die Kräfte noch mehr gebündelt werden.

Und weil es uns gelungen ist das bürgerschaftliche Engagement aufrechtzuerhalten, ohne das ein Staat gerade in Zeiten des Umbruchs und des Wertewandels, wie wir sie in diesen Tagen erleben, nicht existieren könnte:

So ist die Geschichte der Umweltbewegung auch die Geschichte des Ehrenamtes, welche unsere Demokratie trägt. Und darauf dürfen wir an einem solchen Jubiläum stolz sein und allen Ehrenamtlichen Dank sagen.

Im Laufe der Jahrzehnte haben wir die Idee des Naturschutzes und der Umweltpolitik im Zuge der gesellschaftspolitischen Veränderungen in unserem Grundsatzprogramm fortgeschrieben.

Jetzt zu Beginn des zweiten Jahrzehnts im neuen Jahrhundert stehen erneut programmatische Herausforderungen vor uns, die wir im Rahmen der gerade laufenden Leitbilddebatte gemeinsam zu beantworten versuchen. Es gilt das Selbstverständnis der Umwelt- und Naturschutzbewegung zu klären: Was ist unser Verständnis von Natur und Mitwelt, wie finden wir Wege aus der Demokratie und Umwelt gefährdenden Wachstumsfalle und was bedeutet verbürgte, ehrliche Nachhaltigkeit anstelle der Beliebigkeit, mit der dieser Leitbegriff zukunftsfähiger Politik belastet ist.

Dass eine Fortentwicklung in diese Richtung unumgänglich ist, mögen noch ein paar geschichtliche Rückblicke belegen.

Folgen der Wachstums-Lüge

Der Deutsche Naturschutzring ist gerade einmal ein Jahr jünger als die Bundesrepublik Deutschland. Überblickt man diese Phase der überschaubaren Gegenwart seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland aus der Sicht eines Naturschützers, so ist festzustellen, dass in dieser Zeitspanne auf unserem Globus mehr Veränderungen geschehen sind als in der gesamten Menschheitsgeschichte zuvor. Und wahrscheinlich auch mehr geistige und seelische Erschütterungen unserer Weltanschauung und Kulturen gebracht haben.

Am dramatischsten erscheint mir dabei die Entwicklungsgeschichte der Weltbevölkerung, die sich in dieser von vielen unter uns selbst miterlebten letzten 60 Jahre von damals zwei Milliarden Erdbewohnern auf heute über sechs Milliarden

verdreifacht hat – ohne dass der Globus mitgewachsen ist und ohne dass eine Ethik der Nachhaltigkeit dieses Wachstum mit retardierenden Elementen begleitet hätte.

Auf unserer Suche nach dem materiell zukunftsfähigen und ethisch verantwortbaren Kulturentwurf hieße das, dass wir nach einem Lebensstil Ausschau halten müssten, der die gesamte Menschheit, die Tiere, die Pflanzen und die Landschaften mit einbezieht, die letztlich ja auch die Basis unserer Kulturen bedeuten. Diese Erkenntnisse sind zwar uralt, aber sie werden in unseren Tagen aktueller als je zuvor.

Und ihre Dramatik mögen ein paar konkrete Zahlen beweisen, Zahlen, welche die Veränderung unseres Lebensraumes und unseres gesellschaftspolitischen Umfelds seit der Gründung des DNR vor 60 Jahren aufzeigen:

Unser Straßennetz in Deutschland hat sich auf über 1 Million Kilometer verdreifacht. Die Kraftfahrzeugsdichte ist seit der Gründung der BRD von 1,5 Millionen auf mittlerweile 54 Millionen angewachsen.

Hinzu kamen die gewaltigen Strukturveränderungen in der Landnutzung: 1949 hatten wir noch 1,7 Millionen Landwirtschaftsbetriebe, 2007 sind davon ca. 350 000 übrig geblieben. Die damit verbundenen Großstrukturen und die Zerstückelung der Landschaft haben dazu beigetragen, dass im gleichen Zeitraum etwa die Hälfte aller Tiere und Pflanzen in Deutschland auf die Liste der bedrohten Arten gerückt sind.

Der Landverbrauch beträgt auch heute noch täglich über 100 Hektar, wir sind weit entfernt von dem in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie angestrebten Ziel von 30 Hektar Landverbrauch pro Tag, wobei auch dies zu viel ist und einzig die Nulllösung richtig wäre.

Daraus geht unschwer hervor, dass wir nicht länger von der Substanz leben dürfen, sondern schlicht und einfach nur von den Erträgen, also von dem was nachwächst oder von den zulässigen Zinsen. Damit wird der sperrige Begriff der Nachhaltigkeit zur simplen Schlüsselfrage unserer Tage und zur Herausforderung auf der Suche nach einer neuen Ära.

Diese politischen Reminiszenzen mögen nicht als das panikmachende Gejammer von Umweltschützern missdeutet werden. Sie entsprechen einfach der allenthalben nachlesbaren Faktenlage.

Es ist selbstverständlich auch festzuhalten, dass wir gerade in der BRD in einigen Teilbereichen der Umweltpolitik sehr erfolgreich sind:

So hatten wir in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts mit der katastrophalen Verschmutzung der Fließgewässer, der Abwasserreinigung, mit Pestizideinträgen und Industriechemikalien zu kämpfen, es waren fünfzigtausend ungeordnete Mülldeponien zu einer geordneten Abfallbeseitigungsstruktur auszubauen und über zehn Millionen Tonnen Schwefeldioxide und andere Luftschadstoffe herauszufiltern.

Gute Gesetzeswerke und Millioneninvestitionen haben dazu beigetragen, dass diese Probleme weitgehend gelöst sind und dass wir uns in der Disziplin des technischen

Umweltschutzes vor der Weltfamilie sehen lassen können und darauf auch stolz sein können.

Heute ist Umweltvorsorge ein nicht mehr wegzudenkendes Thema der Weltpolitik geworden. Ich halte dies für einen großen Erfolg, dass es schneller als bei anderen sozialen Bewegungen gelungen ist, ein weltweites Umweltbewusstsein zu entfachen, hinter das niemand mehr zurückfallen kann; jetzt weiß die Weltfamilie Bescheid über die ökologische und soziale Lage der Menschheit auf diesem Globus.

„Nur jenes Erinnern ist fruchtbar, das zugleich auch erinnert, was noch zu tun ist“, meint Ernst Bloch. Deshalb erinnere ich an die Misserfolge bei einer solchen Standortbeschreibung:

Zu gering sind die Fortschritte im klassischen Naturschutz, mit dem es seit den fünfziger Jahren kontinuierlich abwärts geht, ja angesichts der Politik der Großstrukturen in Land- und Forstwirtschaft, im Verkehrswesen, in Siedlungspolitik, Raumordnung und Energiepolitik abwärts gehen musste.

Der Naturschutz ist im Vergleich zum technischen Umweltschutz nicht im gleichen Umfang politikfähig geworden.

Es gehört zu den größten Unredlichkeiten, den Menschen nicht diese Wahrheit zu sagen und immerfort die allein selig machende Heilslehre vom Wachstum zu predigen.

Schon vor drei Jahrzehnten, vor einer Generation also, hat Aurelio Peccei vom Club von Rom vor einem Kongress des Deutschen Bundestages in Bonn gesagt: „Philosophie und Lebensstil zu ändern und die alberne kostspielige Jagd nach dem Mythos eines kontinuierlichen Wachstums aufzugeben“ sei überfällig.

Und der oft zitierte Vater des deutschen Wirtschaftswunders Ludwig Erhard hat angemerkt: „Mir war nicht klar, dass ich zwar die Kassen gefüllt, aber die Altäre geleert habe.“

Daher muss jetzt die Lebensstildebatte und Wertediskussion geführt werden. Aus Naturschutz ist mehr geworden, er hat sich mit weltweiten Entwicklungsfragen verschwistert und zum Nachhaltigkeitsdenken gesteigert. Nur Globalisierung und Nachhaltigkeit können zu tragfähigen Säulen einer zukunftsfähigen Weltfamilie werden, allerdings nicht ohne den spirituellen Aufbruch und ein Religionen übergreifendes Welt-Ethos.

Kultur der Nachhaltigkeit

Es bedarf also einer Kultur die vom Geist der wahrhaftigen Nachhaltigkeit geprägt ist, wie sie 1987 von der UN-Weltkommission unter der Leitung von Gro Harlem Brundtland so formuliert wurde:

„Nachhaltig ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der gegenwärtigen Generation erfüllt, ohne der künftigen die Möglichkeit zu nehmen, ihre Bedürfnisse zu erfüllen und ihren Lebensstil zu wählen."

Dieser Geist sollte von uns, von Deutschland, von Europa ausgehen, er sollte von dorther kommen, wo auch der Ungeist der Weltausbeutung seinen Lauf genommen hat. Dies ist die neue Herausforderung und die neue Friedensbewegung.

Dies ist die Frage nach den neuen Lebensstilen und nach dem nachhaltigen Konsum. Und es ist die Stunde der Wahrheit gerade nach dem Debakel von Kopenhagen! Wird dieser 19. Dezember 2009 in Kopenhagen als ein Markstein zur Umkehr in die Geschichte eingehen oder als Beginn eines Weltkrieges gegen die Schöpfung und um den Ausverkauf der Ressourcen?

Angela Merkel bezeichnet zwar nach wie vor die Nachhaltigkeit als Leitlinie ihrer zukunftsfähigen Politik und Horst Köhler sieht in der Nachhaltigkeit die größte globale Herausforderung:

„Kleine Kurskorrekturen reichen nicht, wir brauchen eine umfassende Strategie für die Verwirklichung der Idee der Nachhaltigkeit... und eine neue industrielle Revolution brauchen wir allemal"

sagt der Bundespräsident und fordert uns auf:

..."Es ist auch Zeit, darüber nachzudenken, ob ein schlichtes ‚immer mehr'-Denken die Zukunft gewinnen kann. ...Vielleicht sollten wir den Hinweis ernst nehmen, dass unser heutiger Lebensstil jede Menge Verzicht von uns fordert. ... Ein großer Teil unseres Alltags besteht aus Verzicht, wir haben es nur noch nicht begriffen. ...

... Das Sozialprodukt allein ist dazu nicht geeignet, verengt es doch den Blick auf das Wachstum dessen, was sich kaufen lässt. Unsere Lebenswelt ist aber größer als die Welt der Waren, der Mensch ist mehr als nur Konsument."...

Die politische Wirklichkeit ist leider anders und in der Gesellschaft sind nachhaltige Lebensstile einfach noch nicht angekommen.

Kein Wunder, wenn Medienmacher und so genannte Leitfiguren fordern, dass „oberste Bürgerpflicht jetzt Konsum ist".

Konsum als Bürgerpflicht! Ist es nicht traurig in einem Land zu leben in dem Konsum zur Bürgerpflicht erhoben wird? Ist das nicht eine Ohrfeige für die 80 % der restlichen Menschenfamilie, die über unser Konsumverhalten nur den Kopf schütteln können.

Nachdem unsere Nationalökonomie aber auf Wachstum programmiert ist, gilt es Modelle des Gesundschrumpfens zu suchen. Es geht um eine Zukunft die anders aussehen muss als die Gegenwart, eine Zukunft im Einklang mit der Natur, eine Zukunft mit globaler Verteilungsgerechtigkeit, mit soliden Wirtschaftsstrukturen und sicheren Arbeitsplätzen.

Was aber ist das *Gute Leben* in Zeiten der Krise? Ist nachhaltiger Konsum nur etwas für die fetten Jahre? Wie können wir umstellen auf ein Wohlstandsverständnis, das nicht auf materiellen Verbrauch orientiert ist? Wohlstand, der von einer Kultur der Nachhaltigkeit und Umsicht geprägt ist, der des Menschen Würde in einem fernen Land ebenso respektiert, wie das ökologische Gleichgewicht im eigenen Lebensumfeld nach dem Motto „gut leben statt viel haben".

Betrachten wir diese wirre Zeit also nicht als Unglück, sondern als Aufbruch in vielfältige neue Lebensqualitäten. Auch wenn es keinen Aufstieg mehr auf das heutige materielle Niveau geben wird, es ließe sich vielleicht eine neue Weltkonjunktur der Bescheidenheit ankurbeln, deren Kraft nicht im Bruttosozialprodukt gemessen wird, sondern im Glück der gesamten Menschenfamilie und im Fortbestand der Schöpfung zum Ausdruck kommt.

Leider haftet dem hochwertigen Begriff „Nachhaltigkeit" wie dem Begriff der „Freiheit" oder „Heimat" der Makel eines nachhaltigen Missbrauchs an: Nicht umsonst wurde bereits in den Kongresshallen von Rio 1992 am Rande des Erdgipfels von einigen Vertretern der Entwicklungsländer die sarkastische Meinung kolportiert, dass es den Industrienationen eigentlich mehr um „sustainable business" denn um die Zukunftsfähigkeit der Weltfamilie gehe.

Der forstwirtschaftliche Terminus „nachhaltig", ist bekanntlich schon 1713 bei Carl von Carlowitz in der Forstwirtschaft Sachsens belegt. Er hat im 18. Jahrhundert Eingang in zahlreiche forstwirtschaftliche Verordnungen gefunden und ist beileibe kein deutscher Vorzugsbegriff sondern entspricht den seinerzeit international üblich gewordenen Erkenntnissen eines durchaus anthropozentrischen Weltbildes, das auf Naturausbeute programmiert war, weil zu Beginn der Industrialisierung Holz die grundlegende Energiequelle war, die gnadenlos abgebaut wurde, so dass der Begriff Nachhaltigkeit der heutigen Komponenten des Sozialen und der Ökologie völlig entbehrte und der Bevölkerung die bislang freien Güter des Waldes verwehrt wurden.

Tatsächlich geht die Geschichte dieses hehren Prinzips auf handfeste Überlegungen der Grundherrschaften zurück, die vor drei Jahrhunderten durch eine „nachhaltige Forst-Wirtschaft" die Versorgung von Bergwerken, Glashütten oder Salinen, also Industriebetriebe und Renditen im Vor-Ölzeitalter langfristig sichern wollten.

Allerdings hatte diese Form der Nachhaltigkeit eine Schwester – nämlich die so genannte „Bodenreinertragslehre", die aus Mischwäldern kurzfristig ertragreichere Monokulturen formte und damit den Verfall von Stabilität und Gesundheit des Waldes, aber auch die Entseelung des Waldwesens vorantrieb.

Heute laufen wir Gefahr diesen historischen Irrtum zu wiederholen, wenn Politik, Verwaltung und Verbände oder wenn Autobauer, Agrarfabrikanten und Chemieproduzenten mit diesem Begriff weiterhin so inflationär und leichtfertig umgehen wie jener deutsche Verkehrsminister, der kürzlich den nachhaltigen Straßenbau und nachhaltigen Flussausbau gefordert hat. Auch von nachhaltiger Staatsverschuldung war die Rede.

Nachhaltigkeit ist aber kein technisches, sondern eben ein ethisches Prinzip und kommt daher ohne eine humane Komponente ebenso wenig aus wie ohne das magische Geflecht von Ökologie, Ökonomie und Sozialem.

Wirre Zeiten des Umbruchs und mystischer Aufbruch

Nie zuvor in der Geschichte gab es so viele Umbrüche auf einmal in der Welt wie in unserer Zeit. Wir sind an einen Punkt gekommen, wo das Fenster für einen Paradigmenwechsel, also für den Ausstieg aus der Wachstumsgesellschaft und für einen Wertewandel immer enger wird.

Wenn es uns gelingen soll, die Heilsformel vom „Wachstum“ durch die Vision der „Nachhaltigkeit“ und die Bilder vom materiellen Reichtum durch Glück auszutauschen, bedarf es mehr als nur technischer Parameter.

Anstatt das Wachstums-Ritual bei jeder Gelegenheit aufzuzeigen sollten wir endlich erkennen, dass sich das Wohlergehen eines Volkes nicht am Bruttosozialprodukt messen lässt, sondern dass wir auf die Suche nach den „Glücksprodukten“ gehen sollten.

Auf diesem unbekannten Weg ist allenfalls gewiss, dass uns Technik und Naturwissenschaften allein nicht aus den Krisen führen können, sondern dass ein mystischer Aufbruch notwendig ist, denn wir sind an einem Punkt angelangt, der neues Fühlen und Denken erfordert: „Die Zukunft der Welt ist nicht materiell, sondern geistig“, meint der Physiker H. P. Dürr und schließt damit an die Erkenntnis von Max Planck an, der am Ende seines Lebens gemeint hat, er sei jetzt an einem Punkt angelangt, „wo sich Naturwissenschaft und Religion zärtlich berühren“.

Wir sollten uns als Umweltbewegung nicht scheuen Irrationales mit in unsere Überlegungen aufzunehmen, so Programmpunkte wie die Albert Schweitzer’sche „Ehrfurcht vor dem Leben“ sind in der Zukunftsdebatte genauso angebracht wie der „Respekt vor der Natur“, den der Papst in Rom gerade eingefordert hat.

Vielleicht machen solche Einsichten auch jene Rationalisten ein wenig nachdenklich, die gelegentlich unsere Emotionen belächeln. Bringen wir also auch die Seele mit an die Verhandlungstische, wenn es um die Schöpfung geht.

Auch wenn wir uns in diesem Jahr der Biodiversität gerade anschicken auch den Wert von Arten in Geld zu fassen, so sollten wir dennoch bescheiden erkennen, dass sich der

Wert des Kuckucksrufes, der Duft eines Veilchens und das Gespräch der Waldbäche und Quellen nicht in Euro ausdrücken lässt.

Im Gegensatz zum technischen Umweltschutz, wo wir Grenzwerte und Normen festlegen und messen können, lässt sich Biodiversität nicht so leicht in Geld ausdrücken. Arten und Ökosysteme sind eben noch mehr als wirtschaftliche Dienstleister.

40 Jahre nach dem Europäischen Naturschutzjahr 1970

1970 hat der DNR im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland das Europäische Naturschutzjahr ausgerichtet. Damals herrschte eine fulminante Aufbruchsstimmung und wir haben über fünfhundert Veranstaltungen in Deutschland durchgeführt. Die Säle waren voll und die Herzen der Menschen schienen offen für den Naturschutz.

40 Jahre nach dem Europäischen Naturschutzjahr 1970 steht die BRD wieder einmal im Mittelpunkt von Biodiversitätskonferenzen und Biodiversitätsstrategien.

Leider haben wir in diesem Bereich nur Enttäuschungen und immerwährende Verlust-Bilanzen zu vermelden. Niemand wagt mehr eine Prognose, wann oder ob überhaupt wir das 2010-Ziel vom Stopp des Artenschwundes erreichen. Der sich verstärkende Abwärtstrend macht uns schier hoffnungslos und traurig, zumal wir inzwischen über das dramatische Zusammenspiel von Klimaschutz und Artenschwund Bescheid wissen.

Wir stehen vor einem Trümmerhaufen der Artenvielfalt.

Zu Recht hat die Bundeskanzlerin bei der Eröffnung des Jahres der Biologischen Vielfalt den Artenschwund und den Klimawandel als die größten Herausforderungen unserer Zeit bezeichnet. Leider weist die Tagespolitik in die verkehrte Richtung, wofür ein „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ geradezu symbolhaft wirkt und das Jahr der Biodiversität ad absurdum führt.

Und die neue Denkweise der Geldwertfindung für Arten macht misstrauisch und ist brüchig, weil die Dienstleistungen der Natur eben nicht in Euro ausgedrückt werden können.

Das zynische Instrument der Ausgleichsmaßnahmen in Geld widerspricht zudem dem Geist des Naturschutzgesetzes, der jeder Art einen „Wert an sich“ einräumt.

Man stelle sich bildlich vor, ich schlage zehn Schmetterlinge tot, zertrete eine Erdkröte, überfahre einen Igel und fälle dann noch einen Baum, zuletzt betoniere ich noch die Quelle zu und zahle für das Ganze dann 47,30 Euro, nicht als Strafe sondern als Gegenwert. Welch eine perfide Denkweise!

Heimat und Nachhaltigkeit

Lassen Sie mich zum Schluss wieder auf den Eingangsgedanken der Jubiläen im Jahr 2010 zurückkommen. Dabei müssen wir angesichts der sich überschlagenden Fülle von Ereignissen und Fakten der weltweiten Informationslawinen und des Medienterrors mittlerweile schon nach Jahresfrist erleben, dass heute nicht mehr stimmt, was gestern noch gültig war.

Unsere Seelen verkraften diese Zeitverkürzungen nicht mehr. Es scheint als drehe sich die Erde schneller und als ziehe es uns den Boden unter den Füßen davon. Deshalb ist es so wichtig ein festes Stück Erde unter den Füßen zu wissen, das ich Heimat nenne, das man lokal und kulturell mitgestalten kann.

Mit den Worten „Heimat“ und „Schöpfung“ besitzt die deutsche Sprache zwei ebenso schöne wie einmalige, weil schwer übersetzbare Begriffe, deren inflationären Missbrauch wir aber nicht denen überlassen sollten, welche der Heimat und der Schöpfung die Wurzeln abgraben.

Wer es also ehrlich meint mit der Heimat, der sollte sich angesichts der weltweiten Nivellierung von Identität und Regionalität um redliche Heimaterhaltung bemühen.

Denn mit der Vereinsamung in der Welt der Großstrukturen wächst das Bedürfnis nach Heimat und die Suche nach dem Überschaubaren.

Die kleine Welt im Herzen tragen und die große Welt im Blick behalten – das ist die Herausforderung des neuen Denkens. Im Wissen um die weltfamiliären Zusammenhänge also die Umwelt vor der eigenen Haustüre, im eigenen Land, in Bayern, in Deutschland, in Europa bewahren und die Heimat Erde als ein gemeinsames Lebewesen betrachten, aus dem wir nicht aussteigen können.

Wir sollten das Wort Heimat besser an Inhalten messen anstatt mit Heimattümelei verwechseln, im Wissen, dass Heimat kein geographischer Vorgang, sondern ein seelischer oder sogar religiöser Zustand und ein immerwährender Prozess ist.

Diese humane Komponente hat mit dem Irrationalen, mit Kultur, mit Werten und mit Glück zu tun. Wohlstandswachstum allein macht auf Dauer nicht glücklich. Nachhaltig glücklich sein bedeutet mehr als nachhaltig reich sein. Mehr Zeit haben oder mehr Gesundheit haben ist was anderes als mehr Geld besitzen.

Daher beginnt der Naturschutz bei glücklichen Menschen. Machen wir also zuerst die Menschen glücklich, denn „glückliche Menschen machen weniger kaputt“. (Zitat Beate Seitz-Weinzierl).

Diese andere Art von Naturschutz fordert weder Verzicht und Askese, noch die Pflicht zur Enkelverantwortung ein, sondern lebt im Jetzt: Ich will für mich und für die jetzt lebenden Menschen und Mitgeschöpfe den Zauber des Lebens und der Wildnis und die Lust an der Natur bewahren. Damit bleibt gleichzeitig auch ein Stück Heimat der Nachwelt erhalten.

Wir sollten uns wieder mehr der spirituellen Kraft besinnen, die unsere mystische Wurzel war und die stärker ist als die Aktenberge und ehrlicher als mancherlei

Politikgetöse und glaubwürdiger als die vielen nicht eingehaltenen politischen Konventionen und Reformversprechen.

Die Suche nach Gleichgewicht ist angesagt anstatt Wachstum und die Erkenntnis, dass Verzichten-können der Luxus von morgen ist.

Was will der mit seinem emotionalen Gerede, werden Sie fragen?

Zweierlei: Zum einen darauf hinweisen, dass jetzt die Zeit reif geworden ist endlich ein neues Menschenbild in den Mittelpunkt zu rücken und zum anderen, dass wir gerade angesichts des globalisierten Egoismus und des brutalen Neodarwinismus dieser Tage den Mut zur Emotion und zum Anderssein wieder entdecken müssen.

Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst: Die Linde, den Aurorafalter, den Duft der Haselwurz im Moderlaub der Donauauen, die Kälte der Winternächte und die kühle Erde, die uns trägt und eines Tages umarmen wird.

Eine Vision wäre die wirkliche Solidargemeinschaft von gleichgesinnten Menschen und zwischen Menschen und Mitgeschöpfen.

Nicht das hehre Geschwätz von Pflicht und Verantwortung oder die Predigt über Askese und Verzicht macht uns glaubwürdig, sondern unsere Gespürigkeit im Umgang miteinander und mit allem Lebendigen.

Ich gebe meine Hoffnung darauf nie auf, weil auch die Visionen Teil unseres Glücks sind. Und ich bleibe dabei: Naturschutz ist letztlich eine Frage der Liebe und der Freude an der Schöpfung.

Dies könnte eine zukunftsfähige Botschaft für den DNR an seinem 60. Geburtstag sein: Mehr Behutsamkeit und mehr Bescheidenheit in die Welt hineintragen.

Videoeinspielung Grußwort des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Dr. Norbert Röttgen

Sehr geehrter Herr Weinzierl,

sehr geehrte Damen und Herren,

Sie feiern heute „60 Jahre Deutscher Naturschutzring“ und ich bedauere, dass ich nicht persönlich bei Ihnen sein kann. Deshalb auf diesem Weg: Meine herzlichsten Glückwünsche und die besten Wünsche für die Zukunft des DNR!

Meine Damen und Herren,

wir tragen heute die Verantwortung, Entscheidungen mit irreversiblen Konsequenzen für die Zukunft zu treffen. Wir müssen heute unsere Lebens- und Wirtschaftsformen grundlegend weiterentwickeln und Grundsätze formulieren, die den Prinzipien nachhaltiger Entwicklung entsprechen. In unseren Entscheidungen müssen wir also heute dafür Sorge tragen, dass künftige Generationen nicht nur ausreichend mit Energie und Ressourcen sowie einem intakten natürlichen Umfeld versorgt werden, sondern ihnen ihrerseits die Spielräume zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gestaltung erhalten bleiben.

Ich muss Ihnen nicht erläutern, dass die zentralen Herausforderungen darin bestehen, den Klimawandel zu bekämpfen, unsere Energiepolitik grundlegend zu erneuern sowie den fortschreitenden Verlust der Biologischen Vielfalt aufzuhalten.

Sie alle wissen, dass wir das 2010-Ziel zur biologischen Vielfalt weltweit, in der EU und auch in Deutschland verfehlt haben. Die Verluste an Lebensräumen und Arten sind dramatisch, und die Geschwindigkeit, in der dieser Prozess abläuft, ist beängstigend. Deshalb müssen wir über neue Wege aus der Krise der biologischen Vielfalt diskutieren.

Mit der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt liegt eine gute, zukunftsorientierte und teilweise visionäre Grundlage vor. Das neue „Bundesprogramm Biologische Vielfalt“ soll sie mit Leben füllen. Wir wollen mit diesem Programm Schutz und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt verbinden sowie innovative Ideen und Konzepte entwickeln und erproben.

Über die Ausgestaltung dieses neuen Bundesprogramms wollen wir mit allen Beteiligten diskutieren. Zum Auftakt am 27. Mai in Köln möchte ich Sie hiermit herzlich einladen.

Für die dauerhafte Sicherung unserer Lebensgrundlagen kommt einer modernen Klima- und Energiepolitik eine Schlüsselrolle zu.

Um den Temperaturanstieg unter 2 Grad Celsius zu halten, ist eine grundlegend andere, eine weitgehend treibhausgasarme Produktions- und Konsumweise

notwendig. Bis zum Jahr 2050 müssen wir die Pro-Kopf-Emissionen in den Industrieländern um 80 bis 95 Prozent gegen-über der Menge von 1990 reduzieren.

Die zentrale Aufgabe im Bereich der Energieversorgung wird sein: Vom Ziel 2050 her denken und den Weg beschreiben, wie die hierfür notwendige Transformation in den nächsten 40 Jahren aussehen soll.

Das Energiekonzept, das die Bundesregierung im Herbst dieses Jahres vorlegen wird, muss die Rahmenbedingungen für eine umfassende und langfristige moderne Klima- und Energiepolitik bis 2050 setzen.

Die Transformationsprozesse, vor denen wir stehen – Ressourcenschonung, grundlegende Erneuerung der Art des Lebens, des Wirtschaftens und der Energieversorgung – müssen von allen akzeptiert und aktiv gestaltet werden. Ohne das Verantwortungsbewusstsein der Bevölkerung, ihre Bereitschaft zur Verhaltensänderung und zum Mitmachen finden die notwendigen Transformationsprozesse gar nicht oder nicht rechtzeitig statt. Staatliche Stellen allein werden es nicht schaffen, in der Gesellschaft die notwendige Akzeptanz herbeizuführen. In demokratischen Gesellschaften setzt dies gesellschaftliche Diskussionen voraus und hier setze ich weiterhin auf Ihre Unterstützung. Sie waren und sind Vorreiter bei der Weiterentwicklung der Gesellschaft. Häufig sind Sie die Ersten, die die Themen aufgreifen und vorantreiben, die Jahre später auf der offiziellen politischen Agenda stehen.

Wir brauchen Sie – die vielen hunderttausend Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, die ihre Phantasie, ihre Kraft und oft auch eigenes Geld investieren für eine lebenswerte Zukunft. Und die sich Zeit nehmen – allein die Mitgliedsverbände des DNR haben 2008 über 10 Millionen Stunden ehrenamtlicher Arbeit geleistet. Sie arbeiten für praktischen Naturschutz, sie informieren Bürgerinnen und Bürger, klären auf über die Folgen unseres westlichen Lebensstiles, wecken Bewusstsein für die Notwendigkeit von Ressourcenschonung und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und bieten die Möglichkeit, selber aktiv zu werden.

Ihnen Allen sei an dieser Stelle herzlich dafür gedankt.

Sie erfüllen aber noch eine weitere, ebenso wichtige Aufgabe: Mit Ihrem Engagement üben Sie Druck auf die Politik aus und Sie begleiten Regierungshandeln kritisch mit dem Ziel, den Interessenausgleich zwischen partiellen Interessen und einer nachhaltigen Entwicklung zugunsten der Nachhaltigkeit zu verschieben.

Auch ehrenamtliches Engagement braucht Strukturen und wir sind in Deutschland in der glücklichen Situation, dass über hundert Verbände allein im Natur- und Umweltschutz aktiv sind. Der DNR als Dachverband koordiniert die Aktivitäten seiner Mitgliedsverbände, informiert sie über aktuelle Prozesse und Positionen und dient als ihr Sprachrohr.

In den 60 Jahren seines Bestehens war der Weg des DNR zur Dachorganisation vieler kleiner und großer Umwelt- und Naturschutzverbände nicht vorgezeichnet; er musste in vielen Auseinandersetzungen immer wieder gefunden werden. 1950 verstand man sich noch als Elite und unterschied „die Naturschützer“ von den »gewöhnliche[n]

Sterblichen«. Nicht ohne heftige Debatten erfolgte Ende der sechziger Jahre die Öffnung des DNR hin zu einer Politisierung des Natur- und Umweltschutzes. Und noch heute gibt es das ständige Ringen um die Positionierung des DNR im Vergleich mit den großen Verbänden.

Allen Kritikern und Kritikerinnen sei gesagt: Wenn es den DNR nicht gäbe, müsste man ihn erfinden.

Machen Sie weiter! Es liegen schwierige Aufgaben vor uns.

Grußwort des Bayerischen Staatsministers für Umwelt und Gesundheit

Dr. Markus Söder

Sehr geehrter Herr Weinzierl,

sehr geehrte Damen und Herren,

für mich ist es eine besondere Freude, beim 60. Geburtstag des DNR dabei zu sein und mit Ihnen ein Jubiläum zu feiern, das für Deutschland und vor allem für Bayern eine ganz besondere Bedeutung hat. Dazu überbringe ich Ihnen die herzlichen Grüße der Bayerischen Staatsregierung, allen voran des Ministerpräsidenten.

Die Umwelt- und Naturschutzbewegung ist die größte Bürgerinitiative der letzten sechzig Jahre mit dem stärksten Einfluss auf die gesamte Politik. Keine andere gesellschaftliche Bewegung hat die Menschen, ihre Lebensstile und ihr Bewusstsein so stark verändert. Die Erkenntnis, dass Natur neben der ökonomischen auch eine ethische und ökologische Dimension hat, ist ein langer Prozess gewesen. Daran haben Sie einen ganz großen Anteil. Für diesen unglaublich aktiven Einsatz danke ich Ihnen.

60 Jahre DNR ist ein Anlass zurückzublicken und eine Gelegenheit, den Blick nach vorne zu richten. Die Welt verändert sich und wir müssen auf fundamentale Herausforderungen, vor allem den Klimawandel, reagieren.

Der Klimawandel verändert die Welt grundlegend. Auch bei uns wird sich in den nächsten zehn Jahren die durchschnittliche Jahrestemperatur um etwa ein Grad erhöhen. Allein dieses eine Grad bringt unter anderem eine komplette Veränderung der Wasserkreisläufe in Bayern: Im Süden haben wir dann mit deutlich mehr Niederschlägen zu rechnen, während sich im Norden die Frage nach ausreichend Wasser für die Landwirtschaft stellen wird.

Oder denken Sie an den Verlust der Biodiversität. In Bayern haben wir ca. 35 000 Tierarten und 2 700 Blütenpflanzen. 40 % davon sind gefährdet. Ursachen sind neben dem ungelösten Problem des Flächenmanagements auch die Verschiebung der Vegetationsgrenzen durch die Klimaveränderungen. Wenn sich dadurch die Vegetationszone 200 bis 300 km von Süd nach Nord und 200 bis 300 m in die Höhe verschiebt, hat das vor allem für die Alpen, den sensibelsten Ökoraum, den wir in Bayern haben, gravierende Auswirkungen. Das sind fundamentale Entwicklungen, die uns bewegen und denen wir uns stellen müssen, aus reinem Egoismus, ebenso wie aus ethischer Verantwortung. Der Erde ist es gleichgültig, wie sich das Klima entwickelt. Aber wir haben nur diesen einen Lebensraum.

Da der Mensch sich seiner selbst bewusst ist, ist er sich auch der anderen bewusst. Aus diesem Bewusstsein für sich und andere wächst Verantwortung. Diese Verantwortung gilt es wahrzunehmen und anzugehen. Wir tun das in Bayern.

Die Staatsregierung hat z.B. gemeinsam mit den Verbänden eine Biodiversitätsstrategie für Bayern entwickelt und auf den Weg gebracht. Wir haben einen Biodiversitätsrat ins Leben gerufen, der uns konstruktiv und kritisch begleiten

wird. Und wir investieren erhebliche Finanzmittel, auch mit Unterstützung des Bundes, in zahlreiche Naturschutzprojekte.

Gleichzeitig ergreifen wir die wirtschaftliche Chance, die der Naturschutz bietet. Wir nutzen neue Technologien für eine nachhaltige Energieversorgung, aber auch für die Schaffung und den Erhalt heimischer Arbeitsplätze. Wir wollen den CO_2-Ausstoß bis 2030 auf unter 5 t CO_2 pro Einwohner senken und den Anteil der regenerativen Energien von heute 25 % auf 40 % steigern. Wichtigste Ziele sind dabei: Regenerative Energien entwickeln, dezentrale Potentiale lokalisieren, sie intelligent vernetzen und abstimmen, um damit virtuelle regenerative Kraftwerksideen und -parke ins Leben zu rufen, damit wir auf Dauer die Kernenergie substituieren können.

Neben technischen Voraussetzungen und Investitionsbereitschaft ist Umweltbildung eine der Schlüsselaufgaben für die Zukunft. Nach dem Prinzip: „Das was man kennt, dass schätzt man und was man schätzt, das schützt man auch“, investieren wir in die Umweltbildung und unterstützen viele Projekte. Überall können Umweltverbände mitwirken, sei es bei den über 4.700 Veranstaltungen der „BayernTour Natur“, der Kampagne „Wertvoller leben“, in den über 40 Umweltstationen oder als Gebietsbetreuer. Und überall gelingt es, unseren Kindern den Wert der Natur näher zu bringen. Unser Erfolg in der Umweltbildung ist auch der Erfolg unserer Partner. Mitstreiter wie der DNR mit seinen Mitgliedsverbänden und seinem eindrucksvollen ehrenamtlichen Engagement sind dabei enorm wichtig.

Bayern hat sich vom Agrar- zum Industrieland und weiter zu einem Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort mit hervorragendem Ruf entwickelt. Jetzt verfolgen wir zusätzlich ein neues Ziel. Bayern soll „Lebensland“ werden. Das heißt, wir wollen die starke, ökologisch vitale Substanz unseres Landes nachhaltig nutzen. Ganz besonders wünschen wir uns in diesem Zusammenhang ein gentechnik-anbaufreies Bayern, in dem faire, ökologisch wertvolle und hochwertige Lebensmittel produziert werden. Bayern soll zum „Feinkostladen“ unter den Bundesländern werden. Die großen EU-Agrarsysteme, die monokulturelle, agrar-industrielle und vor allem auch gentechnisch veränderte Prozesse bevorzugen, können nicht unser Weg sein.

All diese Vorhaben nehmen wir sehr ernst. Wir wollen unseren Kindern möglichst eine bessere Welt übergeben oder ihnen zumindest dieselben Chancen offen halten, die auch wir haben. Das ist unser eigentlicher Auftrag, unsere Verantwortung und unsere Mission.

Dem DNR wünsche ich alles Gute, weiterhin viel Kraft. Herr Weinzierl, Ihnen und Ihrer Gattin und all denen, die dabei mithelfen und wirklich Großartiges leisten alles Gute! Bleiben Sie dabei. Wir sind stolz darauf, dass es diese Umweltbewegung gibt.

Grußwort des Präsidenten des Umweltbundesamtes (UBA)

Jochen Flasbarth

Ganz zu Beginn eine herzliche Gratulation! Ich freue mich, dass ich hier sein kann, ich freue mich, dass der DNR seinen 60. Geburtstag feiert an einem so schönen Ort. Wenn ich hier heute spreche, fühle ich mich vor allem eingeladen als Wegbegleiter des DNR, nicht in erster Linie als UBA-Präsident. Dann wäre es wahrscheinlich auch naheliegender gewesen, die Kollegin Jessel vom BfN einzuladen, mit dem der DNR ja eine noch engere, institutionelle Verbindung hat. Aber es freut mich natürlich, dass ich hier einige Gedanken beitragen kann – sowohl aus der Perspektive eines Mitwirkenden im DNR als auch aus der Außenbetrachtung.

Diese 60 Jahre sind ja nicht nur ein gutes Stück Naturschutzgeschichte, sondern sie sind auch ein ganz starkes Stück Deutschland, ein ganz starkes Kapitel in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland; denn dies ist ja praktisch der gleiche Zeitraum, der hier abgedeckt wird. Und man kann sehen, wie die Verbände, der DNR als die Klammer oben drüber, die ersten 40 Jahre im „Westen“ die Umweltpolitik begleitet haben und wie sie dann aber auch eine sehr starke Rolle in den letzten 20 Jahren, im letzten Drittel dieser 60-jährigen Geschichte Deutschlands, nach der Vereinigung, eingenommen haben.

Ich bin gebeten worden, mein Grußwort entlang der Fragestellung „Verbände als Motor der Umweltpolitik“ zu halten. Und da bin ich nun kein externer Beobachter im engeren Sinne, sondern so etwas wie ein Grenzgänger - jedenfalls kein Seitenwechsler! Denn das ist – aus meiner Sicht – auch gar nicht möglich, denn wenn ich hier in die Runde schaue, dann sehe ich so viele gute, alte Freunde, Wegbegleiter, mit denen mich ganz viel auch persönlich verbindet. Und es macht mich sehr stolz, dass meine persönlichen wie beruflichen Wurzeln so sehr in der Verbände-Szene und nicht zuletzt auch im Dachverband der Umwelt- und Naturschutzverbände liegen.

Deshalb kenne ich natürlich auch ein bisschen was vom Alltagsgeschäft. Und da geht’s eben nicht immer nur um die ganz großen Würfe, die gelingen, so was wie derzeit im DNR mit der Leitbild-Diskussion, sondern es geht auch um banale Alltagsangelegenheiten, wo es eben bei den Umweltverbänden wie überall auch schon mal „menschelt“. Und da hat der DNR, der Dachverband, eine wirklich komplizierte, eine ganz schwierige Aufgabe. Als ehemaliger Vorsitzender des NABU und damit eines der großen Mitgliedsverbände im DNR habe ich diese Schwierigkeit und die damit auch gelegentlich verbundenen Spannungen noch ganz gut vor Augen. Die Kern-Herausforderung für den Dachverband ist es, die Klammer zu halten zwischen den großen Verbänden mit ihrem Anspruch auf Sichtbarkeit, auf Gestaltungskraft, mit ihrem Machtanspruch, und den kleinen Verbänden, die aber natürlich auch einbezogen werden wollen und müssen. Dies ist schon an sich keine leichte Aufgabe. Die Klammer zu bilden zwischen denjenigen, die ganz fokussiert an einzelnen Umweltthemen arbeiten, und denjenigen, die die ganze Bandbreite abbilden, denjenigen, die den primären Auftrag des Natur- und Umweltschutzes sehen und den anderen, die einen breiteren gesellschaftlichen Auftrag haben, in der

Wanderbewegung beispielsweise, aber die sich auch dem Umweltschutz verpflichtet fühlen. Das alles ist mit reichlich Fliehkräften verbunden, die nur durch Menschen ausgeglichen werden können, die für das große Ganze engagiert sind, die sagen: „Jawohl, wir wollen etwas mehr erreichen als jeder einzelne von uns es vermag, wir wollen etwas zusammen tun!“. Ich weiß, das ist eine täglich neue, große Herausforderung. Deshalb auch auf diesem Wege, lieber Hubert Weinzierl, ein Dankeschön von meiner Seite. Das erfordert natürlich das Mitwirken aller, aber es fängt oben an, und es muss auch den Steuermann geben, der immer mal wieder alle und alles zusammen bringt, der daran erinnert: Wir gehören zusammen, weil wir zuerst einer Sache verpflichtet sind und erst dann einem Verein. Und am Ende bin ich davon überzeugt, dass diejenigen, die den Versuchungen widerstehen, rauszugehen um das eigene Süppchen zu kochen, dass die doch besser aufgehoben sind in der großen Familie.

Aber es ist natürlich auch erforderlich, immer wieder neu zu beweisen, dass man am Puls der Zeit ist. Und das ist schon wichtig, was Hardy Vogtmann eben gesagt hat! Der DNR muss auch immer wieder schauen, wo sind eigentlich die neuen Gruppen, die aufwachsen, wo ist die Jugend? Wo sind deren Interessen? Warum entsteht eine große Bewegung von Globalisierungskritikern doch wesentlich außerhalb der etablierten Verbände-Strukturen – und nicht in ihnen? Wie kann es gelingen, dies wieder miteinander zu verzahnen und tatsächlich auch diese neuen Kräfte mit reinzubringen? Wo sind die Bewegungen, die morgen aufkommen? Ich glaube, das ist etwas, was ich dem DNR, jedenfalls für die nächsten Jahrzehnte, als Kraft, als Gestaltungskraft, als immer wieder zu erarbeitende Erneuerung wünsche. Ich glaube, dass der DNR, die Verbände sehr viel bewirkt haben. Es wird schwer sein, eine andere gesellschaftliche Kraft zu finden, die diese Bundesrepublik Deutschland so stark mit in ihrer gesellschaftlichen Entwicklung geprägt hat. Das vergisst man, wenn man in den Tretmühlen des Tages ist und sich immer wieder darüber ärgert, dass nicht alles ganz so schnell voran geht, wie man sich das wünscht.

Wenn man aber etwas zurückblickt, dann sieht man: Fast alle Errungenschaften in Deutschland im Umweltschutz wären undenkbar gewesen ohne den Druck, ohne die Power der Verbände. Das ist natürlich im Naturschutz so! Das erste, wirklich bundesdeutsche Naturschutzgesetz – nicht das alte Reichsnaturschutzgesetz – ist in den 1970er Jahren von den Naturschutzverbänden erstritten worden. Das war die geballte Anforderung der Gesellschaft – das muss jetzt werden! Als dieses Naturschutzrecht dann doch ziemlich in die Tage gekommen war, waren es wieder die Verbände, die eine Novelle, eine Modernisierung an Haupt und Gliedern von der Politik eingefordert haben. Und dass wir innerhalb der Bundesregierung den erreichten guten Stand des Bundesnaturschutzgesetzes unter schwierigen neuen verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen in der letzten Legislaturperiode gegen so manche Interessen verteidigen konnten, lag ja auch daran, dass es den Rückhalt in der Gesellschaft, bei den Verbänden gab. Das war nun ein besonders prominentes Beispiel für die Wirksamkeit verbandlichen Umweltschutzes. Aber es ist kein Einzelfall, sondern solche Erfolge gibt es auch in anderen Bereichen. Mir ist das die Tage klar geworden, als unser Freund Edmund Spindler, lange Jahre Geschäftsführer des UVP-Fördervereins, seine Bibliothek, seine UVP-Bibliothek, von Hamm nach Dessau an den

Standort des Umweltbundesamtes verlagert hat, als Geschenk an das UBA. Das war nämlich früher durchaus nicht selbstverständlich, dass wir Umweltverträglichkeitsprüfungen durchführen, dass Projekte, dass Straßenbauprojekte, Industrieprojekte in einer systematischen Art und Weise auf ihre Auswirkungen auf die Umwelt geprüft werden. Das hat natürlich auch Unterstützung aus Beamtenapparaten gekriegt. Das hat auch Unterstützung von aufgeschlossenen Unternehmen schon bekommen, aber die Triebkraft, das waren auch an dieser Stelle wieder die Verbände. Oder – denkt man an den Verkehrsbereich: Der VCD ist ja auch Mitglied, stellt sogar ein Vorstandsmitglied des DNR. Als wir den VCD gegründet hatten, da war das eine Gründung aus den Mitgliedsverbänden des DNR heraus. Und, dass wir heute eine BahnCard haben, das war ja keine Idee des Staatsunternehmens Deutsche Bahn, sondern das war eine Idee von Verbänden, unter Führung des jungen VCD hatten die Verbände eine Kampagne über Jahre durchgeführt, für ein Halbpreisticket. Das hat dann den schöneren Namen BahnCard gekriegt, aber dass, was sich auch im Nachhinein als ökonomisch vernünftig herausgestellt hat, verkehrspolitisch, umweltpolitisch vernünftig war, ist letztendlich von den Umweltverbänden geprägt worden.

Oder nehmen wir das Thema Waldsterben: Dass heute niemand mehr in dieser Dimension wie damals darüber spricht, ist doch Tatsache geschuldet, dass die Verbände Druck gemacht haben und dass der damals zuständige Bundesinnenminister Zimmermann die Großförderungsanlagen-Verordnung durchgesetzt hat gegen den massiven Widerstand der Industrie, aber wissend, dass er die Umweltbewegung, dass er die Gesellschaft, die Bevölkerung hinter sich hatte.

Und dass wir in der Gentechnik solche politischen Debatten haben, wie Sie sie beschreiben, Herr Söder, das liegt eben auch daran, dass es eine breite Bewegung gibt, die kein parteiliches Farbenspiel kennt, die keine Herkunft kennt, die Leute vereint, die schlicht sagen: „Nein, das wollen wir in unserem Land nicht haben“. Man muss sich in dieser Debatte natürlich auch der Diskussion mit der Industrie stellen. Vorgestern Abend bin ich beim Industrieverband Agrar gewesen, und da bin ich natürlich auch nach der Gentechnologie gefragt worden. Nun hätte ich’s mir ja einfach machen und darauf verweisen können, dass die Kollegin Jessel vom BfN zuständig ist. Aber ich denke, so kann man sich einer Diskussion nicht entziehen. Meine Antwort habe ich mit einem Beispiel deutlich gemacht: „Diejenigen, die in einem Unternehmen die Amflora entwickelt haben und dabei ein Antibiotika-Resistenzmarker-Gen verwendet haben, die gehören eigentlich rausgeschmissen!“ (Lauter Beifall). Wer, um alles in der Welt glaubt denn eigentlich, solche Produkte am Markt durchsetzen zu können, gegen den Rat der Weltgesundheitsorganisation, wenn er solche enormen Fehler macht? Und das dann auf einen verwirrten Konsumenten, der nicht die Zukunftssegnungen dieser Technik sieht, schieben zu wollen, ist wohl etwas zu kurz gegriffen. Es ist die Sorge vor etwas Unbeherrschbarem, vor einer Technik, bei der die Menschen den Eindruck haben, dass sie zu leicht aus dem Ruder geraten kann. Und natürlich haben Sie, Herr Söder, Recht, wenn Sie sagen, dass die Öl-Katastrophe am Golf von Mexiko ein Beispiel dafür ist, dass nicht alles beherrschbar ist. Aber da wir da nun mitten in der Energiediskussion sind, gestatten Sie mir den Hinweis, dass die natürlich auch und gerade für die Atomenergie gilt. Also ich bin sicher, wir werden bei diesen Debatten

weiterhin die vitale Stimme der Verbände hören, und ich bin davon überzeugt, dass dies genau das ist, was unsere Gesellschaft auch an Auseinandersetzung braucht. Der Druck der Verbände, diese Motorkraft, ist nicht nur in Richtung Staat gegangen, sie ist auch ganz stark in Richtung Unternehmen gegangen. Und es hat Unternehmen verändert. Es hat bewirkt, dass ein Handelsunternehmen wie Tengelmann irgendwann mal gesagt hat, unter dem Label Frosch und Schildkröte – so fing das ja an – keine Froschschenkel und keine Schildkrötensuppe mehr in unseren Regalen. Es hat bewirkt, dass manche Unternehmen, schon bevor der Gesetzgeber etwas geregelt hat, ihre Produktion, ihr Verhalten geändert haben. In der Nachbarschaft meiner Heimatstadt Rheinhausen, in Homberg, heute Duisburg-Homberg, da gab es ein Unternehmen, das hat Dünnsäure in der Nordsee verklappt. Die Empörung war am Ende in der Öffentlichkeit so groß, dass das Unternehmen dies eingestellt hat, bevor es Gesetzeskraft geworden ist, was freilich viel zu spät kam, aber immerhin. Man sieht, auch hier ging der Druck in die richtige Richtung. Und heute ist das auch vorausschauende Umwelthandeln in Unternehmen geübte Praxis. Die Umweltverbände haben sich daran beteiligt, dass Umweltmanagementsysteme in Unternehmen eingerichtet werden. Vor allem DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen hat sich nachdrücklich für die Entwicklung von EMAS eingesetzt: Das war damals für die Verbände nicht ganz so nahe bei der Naturschutz-Seele, aber hat doch sehr viel bewegt in den Unternehmen, dieses systematische Verankern von Umweltgedanken in die Unternehmenskultur.

Die Akteure im Umweltschutz haben sich geändert, und das ist heute die insgesamt veränderte Situation: Die alten Schemata, die passen nicht mehr so richtig. Für mich das sichtbarste Zeichen war der Versuch Anfang dieses Jahrzehnts so um 2000/2001 herum, die Arbeitsgemeinschaft Umweltfragen zu revitalisieren. Damals habe ich zusammen mit Fritz Vahrenholt und einigen anderen im Vorstand gedacht, den Verein, den machen wir noch mal richtig flott! Der war nämlich müde geworden, da bewegte sich nichts mehr. Nach einem Jahr waren wir uns einig: Das einzig Sinnvolle, was man mit diesem Laden machen kann, ist, ihn zu schließen. Der Grund, warum die AGU unter der sozialliberalen Koalition in den 70er Jahren geschaffen wurde, war, dass es eine Sprachlosigkeit zwischen Industrie, zwischen Umweltverbänden, Gewerkschaften und Staat auf verschiedenen Ebenen gab. Und die AGU, das war der Ort, wo man, ohne dass Viele zugeguckt haben, auch mal miteinander gepflegt reden konnte. Und diesen Bedarf, den gibt es heute schlicht nicht mehr, weil alle im Gespräch sind, ohne auf einen solchen „geschützten Ort“ des Austauschens angewiesen zu sein. Es gibt die alten Feindbilder nicht mehr. Wir haben in Deutschland eine gute Streitkultur entwickelt, die solche Institutionalisierungen nicht mehr erforderlich macht. Dadurch sind die Fronten aber auch etwas komplizierter geworden: nämlich die Tatsache, dass heute in vielen Wirtschaftsunternehmen hervorragende Leute sitzen, die zum Teil eine vergleichbare Vita haben wie Vertreter von Umweltverbänden und dann nur irgendwann eben da gelandet sind und hervorragende Arbeit machen. Die Tatsache aber, dass deshalb viele Wirtschaftsunternehmen auch guten Umweltschutz machen, heißt eben nicht umgekehrt, dass alle Wirtschaftsunternehmen guten Umweltschutz machen. Hier muss man deshalb genau hinsehen, und das ist eine große

Herausforderung für die Verbände. Man braucht auch noch mehr Sachverstand, um wirklich die Spreu vom Weizen trennen zu können.

Auch das Verhältnis von Verbänden und Politik hat sich geändert: In den 1950er, 1960er Jahren da ist das Thema von der Politik weitgehend ignoriert worden, und auch in den 1970er und 1980er Jahren haben die großen Volksparteien dieses Thema weitgehend verschlafen. Für mich war als junger Mann ein Erlebnis besonders eindrucksvoll: Da haben wir von den Verbänden zu einer Landtagswahl, es war in Niedersachsen, einen Wahlfragen-Katalog gemacht. Das ist ja heute nicht mehr das allerinnovativste Instrument; damals war es relativ neu – und der seiner Zeit zuständige Minister in Niedersachsen bei Ernst Albrecht, Herr Glub, der antwortete dann darauf etwa so: Angesichts der Tatsache, dass er von allen möglichen Hundezüchtern und Taubenverbänden solche Fragen bekäme und er nicht wüsste, wie er die Zeit aufbringen soll, um sich mit dem allem zu beschäftigen, hätte er sich angesichts der Fragen der Umweltverbände entschlossen, diese in den Papierkorb zu werfen. Das war eine Facette, die übrigens nicht an eine Farbe gebunden ist, um das auch klar zu sagen - dem hessischen Ministerpräsidenten Börner ist zu den Protesten zur Startbahn West ja auch vor allem die Dachlatte eingefallen, was übrigens zu einem Eklat, damals auf dem Naturschutztag in Kassel, führte. Dies alles waren Symptome einer systematischen Unterschätzung der Bedeutung dieses Politikfeldes, die dann ja auch dazu geführt haben, dass eine neue Partei dieses Thema sozusagen zu ihrer Sache gemacht hat und nach vorne gebracht hat. Und das eben hat sich geändert: Der Umweltschutz ist tief in die Volksparteien zurückgekommen oder vielleicht auch überhaupt erst angekommen. Natürlich nicht so – ich nehme an, Herr Söder wird mir Recht geben – dass man automatisch als Umweltpolitiker jede Auseinandersetzung gewinnt, aber es ist auch nicht so, dass man automatisch marginalisiert werden kann. Und das ist wirklich der entscheidende Unterschied. Das ist auch ein Stück Erfolg von Verbänden. Es bedeutet allerdings auch, sich mit dieser Situation neu auseinander zu setzen.

Wenn man Verbände als Motor der Umweltpolitik ansieht, dann sind sie in einer deutlich anderen Position als andere wirtschaftlich getriebenen Lobbyverbände – insbesondere was das Verhältnis zu „ihren“ jeweiligen Ministern angeht. Freiherr von Heereman hat bei seiner Verabschiedung als Bauernverbandspräsident in der Beethovenhalle in Bonn sein Erfolgsrezept beschrieben, völlig unverhohlen: 180 Prozent fordern, 120 Prozent bekommen, behaupten, es sind 80 Prozent, und abends mit dem Minister ordentlich einen trinken gehen (Lachen, Klatschen). Das war sicherlich auch eine Ausnahmeerscheinung. Aber das Spiel, das Kräftespiel in der Öffentlichkeit, eine Forderung als Wirtschaftslobby pointiert vorzutragen, den Minister jeweils unter Dampf zu setzen, aber dann auch alsbald den Schulterschluss wieder zu suchen, das ist für Umweltverbände viel komplizierter. Warum ist das komplizierter? Ich habe jetzt gerade noch einmal in der neuesten Studie des UBA nachgesehen: Die Umweltverbände sind in einer repräsentativen Umfrage die glaubwürdigsten Akteure im Umweltschutz in Deutschland. Das ist seit langem eine stabile Einschätzung innerhalb der Bevölkerung. Und sie sind es deshalb, weil man von ihnen Geradlinigkeit,

Aufrichtigkeit, Sachverstand und eben auch kein Kompromisslertum erwartet. Nun habe ich ja einige Jahre innerhalb des Ministeriums genau das tun müssen: Kompromisse schließen. Denn innerhalb der Regierung nützt es einem Umweltministerium gar nichts, edel und brav bei der reinen Lehre zu bleiben. Wenn einem ein Vertreter eines anderen Ministeriums gegenüber sitzt und immer nein sagt, während man aber für die Sache ein „Ja“ braucht, dann wird man sich am Ende – und das ist systemimmanent nun auch richtig so – auf etwas einigen, was typischerweise ein Kompromiss ist. Und da haben es Umweltverbände schwerer zu applaudieren, weil das nämlich gerade ihr Markenkern ist, die Geradlinigkeit aufrecht zu erhalten. Nun ist es aber blöderweise so, dass Politik auch positive Verstärkung braucht – meine Erfahrung ist das jedenfalls. Politiker, die sagen, sie sind auf das Lob nicht wirklich angewiesen, die gibt’s vielleicht vereinzelt in Freistaaten, aber im Rest der Republik ist das eher untypisch. (Zwischenruf Söder: „Da sind wir im gesamtdeutschen Projekt!“) Das ist ein Problem für das ich gar keine Lösung habe. Aber ich halte es für wichtig, dass sich Verbände selbst diese spezifische Rollensituation vor Augen führen, und dass Umweltpolitiker, Umweltminister verstehen und akzeptieren, dass das Verhältnis eben nicht einfach 1:1 von einer Wirtschaftslobby, die schlicht und einfach ökonomische Interessen zu vertreten hat, auf eine Umweltlobby übertragbar ist, die eben das Gesamte, das Altruistische, zu vertreten hat.

Die Umweltverbände haben für die Zukunft noch etwas schwierigere Aufgaben als die eines Motors der Umweltpolitik. Wir werden nämlich in eine Diskussion geraten, die das Diskussionsfeld von den Akteuren der Industrie immer weiter in die Mitte unserer Gesellschaft trägt. Als ich als Jugendlicher im Umweltschutz angefangen habe, war es im Prinzip immer richtig, wenn man auf die Industrie eingedroschen hat. Die Möglichkeit, damit etwas falsch zu machen, war relativ begrenzt. Heute trifft das so nicht mehr zu. Heute sieht man immer mehr, dass wir selbst, wir alle hier, Teil der Umweltkrise sind, durch unser Verhalten. Und das wird die Herausforderung für die nächsten Jahrzehnte sein: Den bösen Einen, den wird’s nicht mehr geben, sondern es wird die vielen Bösen auch in uns selbst geben. Und hier zu Verhaltensänderungen zu kommen, ist eine große Herausforderung.

Im Zentrum steht dabei unser Energiesystem mit seinen Erzeugungs- und Verbrauchsstrukturen. Wie Herr Söder das eben beschrieben hat und wie Bundesumweltminister Norbert Röttgen das in seiner Videoansprache ausgeführt hat, sind in den Industrieländern 80 bis 95 Prozent Treibhausgas-Einsparung bis 2050 erforderlich Für Deutschland mit seiner wirtschaftlichen Struktur wird das eher bei 95 Prozent liegen müssen. Das bedeutet, dass wir ganz gewaltige Veränderungen unseres gesamten ökonomischen Kapitalstocks vornehmen müssen, innerhalb von vier Jahrzehnten. Das wird eine riesengroße Herausforderung sein, auch und zunehmend für die Umweltverbände: 95 Prozent CO2-Einsparung bedeutet 100 Prozent erneuerbare Energien im Strombereich. Anders ist das nicht zu machen. Die 5 Prozent, die werden wir für Industrieprozesse brauchen, bei denen man an die technischen Limits der CO2-Vermeidung kommt, für die Landwirtschaft und für den Verkehr. Wir brauchen 100 Prozent erneuerbare Energien. Und diese 100 Prozent erneuerbare Energien, die stellen die Herausforderung für die Umweltverbände dar. Als ich mit Matthias Platzeck das erste Mal ein Windrad in der Prignitz mit aufgestellt habe, da

hab' ich mir nicht vorstellen können, dass innerhalb praktisch eines Jahrzehnts Windenergie-Gegner in Fraktionsstärke in Kreistage einziehen würden. Dass dies eben auch eine Gegenbewegung hat – und genau aus dem Grund, den Hubert Weinzierl eben angesprochen hat. Weil die Leute sagen: „Meine Heimat soll schön sein!" Und weil wir ihnen als Umweltschützer auch nicht sagen können: „Ja, das gilt für alle anderen Infrastrukturen, aber hier hast Du das gefälligst schön zu finden, weil wir das sagen!" Sondern das ist eine ganz schwierige Auseinandersetzung, der man sich nur stellen kann und muss. Das wird als nächstes für die Netze gelten. Wenn wir 100 Prozent erneuerbare Energien wollen, brauchen wir einen deutlichen Netzausbau. Und der wird nicht nur unterirdisch stattfinden, der wird auch oberirdisch stattfinden. Und das wird eine Herausforderung, gerade auch innerhalb des Naturschutzrings. Oder Speicherkapazitäten: Ohne weitere Speicherkapazitäten ist ein Umbau der Energiestrukturen nicht denkbar! Pumpspeicherkraftwerke – nicht gerade das, womit man bei Natur- und Umweltschützern pausenlos Begeisterungsstürme auslösen kann! Hier liegt die wichtige Aufgabe für den DNR, für die Verbände in der Zukunft: nicht mehr nur Treiber zu sein, sondern Intermediär, Gestalter, und letztlich auch Problemlöser.

Mein letzter Punkt – das ist der Konsum. Wir werden diese CO2-Einsparungen nicht hinbekommen, ohne dass wir gewaltig unsere Konsumgewohnheiten verändern. Das betrifft viele Lebensbereiche, darunter auch einige sehr sensible. Da sage ich nur ein Stichwort: der Fleischkonsum. Er ist im heutigen Ausmaß global mit dem Klimaschutz nichtvereinbar. Und auch hier sehe ich eine Rolle bei den Verbänden. Denn der Staat ist nicht gut beraten bei diesem Thema mit Vorschriften zu agieren. Vorzuschreiben, was man auf dem Teller haben soll, das wollen die Leute einfach nicht. Da werden sie ganz, ganz piefig. Gerade bei solchen Themen sehe ich die Aufklärung und Information als eine wichtige Aufgabe von Verbänden an. Nicht, dass wir's uns als staatliche Akteure nicht trauen, sondern weil ich einfach glaube, dass Sie den viel besseren Zugang, vielleicht zusammen mit der Kirche, mit Sportverbänden, mit ganz anderen Institutionen haben, den Menschen diesen Spiegel auch vorzuhalten.

Last, but not least - wir können viel über den Kopf machen. Ich bin froh, dass der DNR eine Leitbilddebatte angestoßen hat – Nachhaltigkeit in langen Linien, Umweltschutz modern zu denken, aber gleichzeitig auch seine Wurzeln im Naturschutz nicht vergessend. Ich bin davon überzeugt, wenn wir die Debatte nur über den Kopf führen und nicht auch über Emotionen, wenn wir uns nicht mehr empören können, wenn irgendwo Natur zerstört wird, dann haben wir auch keine Chance, Zukunft zu gestalten. Das wünsche ich aber dem DNR, uns allen!

Vielen, herzlichen Dank!

Exkursionen im Rahmen des Jubiläums 60 Jahre Deutscher Naturschutzringes (DNR)
Samstag, den 8. Mai 2010-05-03
Stunde der Gartenvögel (Aktion des NABU und LBV)
7.00 - 8.00 Uhr Haus zur Wildnis
Aufbruch zu einer kleinen Wanderung in die nähere Umgebung zur Beobachtung und zum Zählen
von Vögeln aus Garten und Wald

Exkursion zum Wildnis Camp
Leitung: Dr. Fritz Brickwedde, DBU
15.00 Uhr ab Haus zur Wildnis, Ludwigsthal nach dem Empfang

Wanderung zum Wildnis Camp 1-2 Std. inkl. Besuch des
Luxareals im Tierfreigelände

18.00 Uhr
Kleiner Imbiss und geselliges Beisammensein im Wildnis Camp
Ökologischer Fußabdruck
vorgestellt von der GTZ

22.00 Uhr und 22.30 Uhr Abfahrt mit Bussen ab zum Parkplatz Haus zur Wildnis und in die Nachbarorte
Zwiesel, Bayerisch Eisenstein

Sonntag, den 9. Mai 2010

„40 Jahre Nationalpark Bayerischer Wald- Eine Erfolgsgeschichte mit Licht und Schatten“
Exkursion in den bilateralen Nationalpark Bayerischer Wald und SUMAVA als Beitrag zum Jahr der Biodiversität
Leitung: Karl-Friedrich Sinner,
Leiter des Nationalparks Bayerischer Wald
Helmut Steininger, Bund Naturschutz Bayern

9.00Uhr Abfahrt Parkplatz Haus zur Wildnis
Die Fahrt geht in Bussen über Frauenau-Spiegelau zur Nationalparkbasisstrasse.
Ca. 2 km nach Spiegelau geht die Exkursion in die 500 m Zone der Borkenkäferbekämpfung (ca. 1 Stunde)
Weiterfahrt über Waldhäuser zum Lusenparkplatz. Von dort geht eine Wanderung von 1,5 – 2 Stunden in Richtung Blaue Säulen zur Grenze Nationalpark Sumava, und zurück zum Parkplatz Haus zur Wildnis.
Gruppenteilung ist gegebenenfalls möglich.

Soweit zeitlich möglich, kann auch ein Besuch im Braunbärengehege im Freigelände bei Altschönau
Einbezogen werden.

Bei schlechtem Wetter wird ein ebenfalls interessantes Alternativprogramm angeboten.
Ein Imbiss (Lunchpakete) wird unterwegs eingenommen.
Wanderschuhe und Wanderkleidung sind in jedem Fall erforderlich.
16.00 Uhr Ende der Exkursion am Parkplatz Haus zur Wildnis.